

Vorbemerkung zum Länderbericht Ukraine (Stand: 1.12.2022):

Die derzeitige Lage in der Ukraine ist angesichts der Invasion durch das russische Militär am 24. Februar 2022 sehr unübersichtlich. Große Teile der dem Bericht zu Grunde liegenden Daten stammen aus dem Jahr 2021. So stellen präsentierte Daten, wie etwa des Stockholm International Peace Research Institutes oder des International Institutes for Strategic Studies, jeweils die Entwicklungen des vorangegangenen Jahres dar und bilden somit nicht den aktuellen Stand ab.

In dieser Vorbemerkung werden daher aktuelle Entwicklungen skizziert, die Einfluss auf die jeweiligen Abschnitte des folgenden Berichts haben. So werden im Folgenden zum einen die ukrainischen Verluste in Bezug auf Soldat:innen und schweren Waffen, als auch aktuelle Lieferungen von neuen Waffensystemen durch Verbündete dargestellt. Hierbei ist zu beachten, dass es sich meist um Schätzungen handelt, da die Ukraine selbst nur unregelmäßig Angaben über eigene Verluste macht und diese nur teilweise unabhängig überprüft werden können. Von ukrainischer Seite sollen nach Angaben des ukrainischen Präsidentenberaters Selenskyj Olexij Arestowjtsch bis Anfang Juni etwa 10.000 Soldat:innen der ukrainischen Armee gefallen sein. Aktuelle offizielle Daten hat die Ukraine seitdem nicht veröffentlicht. Schätzungen zufolge könnten die ukrainischen Verluste inzwischen 100.000 Verwundete und Gefallen betragen. Zugleich meldeten sich jedoch seit Kriegsbeginn etliche Bürger:innen freiwillig für den Dienst in der ukrainischen Armee bzw. den Kräften der Territorialverteidigung. Laut Angaben des Premierministers Denys Shmyhal sollen sich rund 100.000 Ukrainer:innen den Territorialen Verteidigungskräften angeschlossen haben und rund 215.000 im Ausland lebende ukrainische Staatsbürger:innen sollen zur Landesverteidigung zurückgekehrt sein. Unabhängig überprüfen lassen sich auch diese Zahlen jedoch nicht. Auch die Zahlen zu ausländischen Freiwilligen (im März sollen es nach Aussagen des Generalmajors Kirilo Budanow ca. 20.000 gewesen sein) lassen sich nicht verifizieren.

Nach [Berichten des Open Source Intelligence Netzwerks Oryx](#), welche Verluste von schweren Waffen über online verfügbare Bilder dokumentiert, wurden von ukrainischer Seite bisher mindestens 1.370 schwere Waffensysteme verloren. Darunter befinden sich (Stand 1.12.2022) 374 Kampfpanzer, 582 Schützenpanzer, 192 gepanzerte Fahrzeuge, 156 Artillerieschütze und Mehrfachraketenwerfer, 55 Flugzeuge, 23 Helikopter, 14 Kampfdrohnen, sowie ein Hauptkampfschiff. Dabei ist anzumerken, dass es sich hierbei lediglich um über Bildmaterial verifizierte Verluste handelt – die Dunkelziffer liegt sehr wahrscheinlich deutlich höher.

Diesen Verlusten an Waffen stehen jedoch auch enorme finanzielle sowie Waffen- und Rüstungslieferungen von Seiten befreundeter Staaten gegenüber.

Die [European Peace Facility](#) stellte bisher 3,1 Milliarden Euro bereit. Weitere Mittel zur Refinanzierung der von Mitgliedstaaten gelieferten Waffen in Höhe von rund 5,7 Mrd. könnten demnächst freigegeben werden. Einen unvollständigen Überblick über Lieferungen (und geplante Lieferungen) europäischer Staaten, vornehmlich aus Beständen der jeweiligen Streitkräfte, bietet ein [Dokument des Europäischen Parlaments](#) aus dem Mai 2022. Besonders die USA und Großbritannien liefern den ukrainischen Streitkräften Waffen- und Rüstungsgüter und stellen Gelder bereit. So sollen die USA bisher [Militärhilfe](#) im Wert 38 Milliarden Dollar geliefert (oder zugesichert) haben, weitere rund 20 Milliarden sind derzeit geplant.

Einen vollständigen Überblick über die von Deutschland geplanten oder bereits gelieferten (letal und nicht-letal) Güter an die Ukraine gibt es seit dem 21. Juni auf der [Website der Bundesregierung](#). Diese Liste wird fortlaufend aktualisiert. Insgesamt sollen von Deutschland zwischen dem 01.01. und dem 12.12. Rüstungsgüter (inkl. Kriegswaffen) im Wert von mindestens 2,15 Milliarden Euro geliefert worden sein. Bei einem Teil davon handelt es sich um gebrauchte Güter aus Bundeswehrbeständen.

Die gesamten Waffenlieferungen beziffert das Open Source Intelligence Portal [Oryx](#) auf rund 400 gelieferte Panzer (überwiegend T-72 aus Polen und Tschechien), 210 Schützenpanzer (überwiegend BMP aus Polen, Tschechien und über Ringtausch aus Griechenland und der Slowakei), 270 gezogene und 200 selbstfahrende Artilleriesysteme, 95 Mehrfachraketenwerfer sowie eine Reihe weiterer Güter.

Am 21.07.2022 berichteten mehrere deutschsprachige Medien zudem, dass der europäischen Polizeibehörde (Interpol) Hinweise zu organisiertem Waffenschmuggel aus der Ukraine vorliegen. Der Umfang scheint derzeit noch unklar zu sein.

INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	4
------------------------	----------

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR	6
Deutsche Rüstungsexporte	6
Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland	9
Militärausgaben	11
Lokale Rüstungsindustrie	12
Streitkräftestruktur	14
Bewaffnung der Streitkräfte	15
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	21
Polizei und andere Sicherheitskräfte	21

INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES GEMEINSAMEN STANDPUNKTS	23
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	23
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	24
Innere Lage im Empfängerland	28
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	31
Bedrohung von Alliierten	33
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	33
Unerlaubte Wiederausfuhr	35
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	36

ZUSAMMENFASSUNG

Militärischer Sektor in der Ukraine

Die Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für die Ukraine ist gering. Deutschland exportierte in jüngerer Zeit (bis zur russischen Invasion am 24.02.2022) hauptsächlich Jagd- und Sportgewehre in die Ukraine. 2020 hat es an die Ukraine zusätzlich Tauchgeräte und Container sowie Kommunikations- und Ortungsausrüstung ausgeführt. Unterstützung erhielt die Ukraine vor allem durch die USA, auch Hilfe seitens der NATO wurde erbeten und teilweise gestattet. Die Ukraine befand sich zudem selbst unter den zehn größten Rüstungsexporteurern weltweit und beliefert zahlreiche Staaten. Zwischen 2016 und 2020 war Tschechien wichtigster Lieferant von Großwaffensystemen für die Ukraine, gefolgt von den USA und Polen. Die Lieferungen im Zuge des Angriffskrieges werden in den [Vor-bemerkungen](#) des Länderberichtes gesondert dargestellt.

Die Rüstungsindustrie der Ukraine ist gut entwickelt. Dies galt bereits zu Zeiten der Sowjetunion. Dennoch weist die ukrainische Rüstungsindustrie einige strukturelle Defizite durch technologischen Rückstand sowie wenig stringente Produktions-, Verwaltungs- und Kompetenzstrukturen auf. Aktuell soll ein großer Teil der heimischen Rüstungsindustrie jedoch zerstört worden sein.

Die ukrainischen Streitkräfte befanden sich in einer Phase der Transformation, während der die Zahl der Soldat:innen von 200.000 auf etwa 130.000 reduziert werden sollte. Dies änderte sich nach der russischen Annexion der Krim 2014 und insbesondere in Folge des militärischen Kampfes gegen die Separatist:innen im Osten der Ukraine. Die ukrainische Armee ist größtenteils mit alten sowjetischen Rüstungsgütern und Kriegsgerät ausgestattet. Umfassende Modernisierungsmaßnahmen und Kampfwertsteigerungen seit den 1990er Jahren konnten jedoch die Qualität des Geräts verbessern. Die dazu nötige Technik kam überwiegend aus ukrainischer und russischer Produktion.

Zu Sowjetzeiten galt das Militär als „Verteidiger der Nation“ und war fester Bestandteil der Gesellschaft. Nach dem Ende des Kalten Krieges und der Unabhängigkeit 1990 stand der Staat vor der Aufgabe, die ehemaligen sowjetischen Truppen in eine Armee umzubauen, die in Einklang mit dem neuen demokratischen Staat und der Gesellschaft stehen. Mit der Reform war stets das Ziel verbunden, die Armee als tragende Säule beim Aufbau des Staates und als Element des „nation buildings“ zu nutzen.

In der Ukraine existieren neben dem Militär zahlreiche weitere Sicherheitskräfte, die hauptsächlich für die interne Sicherheit verantwortlich sind. Die zivile Polizei (genannt „militsiya“) ist dem Innenministerium unterstellt und umfasst verschiedene Einheiten: Die Kriminalpolizei, „Public Safety Police“, Transportpolizei, Spezialeinheiten der Polizei sowie „State Protection Service“. Im Sommer 2015 wurde zudem im Rahmen einer Polizeireform eine neue Einheit mit rund 2000 Polizist:innen gebildet, die seitdem seit dem die korrupte Straßenpolizei ersetzen soll und unter anderem am Maidan eingesetzt wird.

Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts der EU für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern (2008/944/GASP)

Die Ukraine ist den meisten wichtigen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen beigetreten. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Unabhängigkeit hat sie sich schnell bereit erklärt, dem Nonproliferationsvertrag beizutreten und bis 1996 alle Nuklearwaffen an Russland zu übergeben. Die Ukraine verfügt hingegen noch immer über ein Arsenal an Streubomben und hat diese im aktuellen Krieg mit Russland mindestens drei Mal eingesetzt. Den Internationalen Waffenhandelsvertrag hat die Ukraine unterzeichnet, aber bislang noch nicht ratifiziert.

Besonders problematisch ist die Menschenrechtssituation im russisch kontrollierten Teil der Ost-Ukraine, wo es im Zuge des bewaffneten Konflikts mit von Russland unterstützten Milizen zu außergerichtlichen Hinrichtungen, Folter, Entführungen und Einschüchterung durch bewaffnete Gruppen kommt; ukrainisches Militär und Milizen eingeschlossen. Der Krieg in der Ostukraine hat nach Angaben der UN-Menschenrechtsbeobachtermission in Kiew allein von April 2014 bis Ende 2018 zwischen 12.800 und 13.000 Menschen getötet; darunter auch 3.300 Zivilist:innen. Im Sommer 2020 konnte zwar erneut ein Waffenstillstand vereinbart werden. Allerdings kam es weiterhin zu zahlreichen Verletzungen desselben. Die Beziehungen zu Russland waren in Folge der völkerrechtswidrigen Annexion der Halbinsel Krim durch Russland im März 2014 und der anhaltenden Unterstützung Russlands der pro-russischen Separatist:innen in der Ost-Ukraine schwer belastet. Bis zum Januar 2018 hatte die ukrainische Regierung im Hinblick auf die Kämpfe in den beiden östlichen Gebieten Donezk und Luhansk von einer "Anti-Terror-Operation" gesprochen. Ein im Januar 2018 vom ukrainischen Parlament erlassenes Gesetz betrachtet die beiden Regionen als "von Russland besetztes Gebiet". Im März 2014 setzte der Ständige Rat der OSZE die zivile Sonderbeobachtungsmission „Special Monitoring Mission (SMM) to Ukraine“ ein. Im Dezember 2020 waren rund 720 internationale Beobachter:innen aus 44 OSZE-Staaten in der Ukraine stationiert, darunter auch 29 Deutsche. Mit dem Einmarsch russischer Truppen im Februar 2022 entwickelte sich die Bedrohungslage im Osten des Landes in einen konventionellen Krieg, in dessen Zuge auch die Hauptstadt Kiew zeitweise unter schwerem Beschuss stand. Die Mission musste zum 31. März 2022 jedoch eingestellt werden.

Die Ukraine ist kein unmittelbares Ziel transnationaler Terrorgruppen. Organisierte Kriminalität, insbesondere Menschenhandel, stellt jedoch ein großes Problem dar. Auch gilt die Ukraine als Ursprungsland vieler illegaler Waffentransfers, darunter an bewaffnete Akteure in unterschiedlichen Konflikten in Afrika, Osteuropa, Mexiko und dem Nahen Osten.

Der Konflikt in der Ostukraine seit 2014 und speziell der seit Februar 2022 andauernde Krieg mit Russland führte zu enormen wirtschaftlichen und sozialen Verlusten. Aufgrund der Zerstörung weiter Teile der ukrainischen Infrastruktur, des Gesundheitswesens sowie Bildungseinrichtungen, dem Verlust bzw. der Zerstörung von Agrarproduktionsflächen und Industrieanlagen, der enormen Flucht und Abwanderung in andere Länder oder andere Landesteile sowie den Verlusten an Menschenleben in der Ukraine ist die wirtschaftliche Lage derzeit desaströs. Die Summen für den Wiederaufbau des Landes werden von ukrainischer Seite auf derzeit 720 Mrd. Euro beziffert.

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2021 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	Jagd- und Sportwaffen: 77,9% Funkgeräte: 12,5%	2,05
2000	Sport- und Jagdgewehre, Sportpistolen und -revolver: 88,5%	1,56
2001	Sport- und Jagdgewehre, inkl. -teile: 87,1%	1,13
2002	Sport- und Jagdgewehre, inkl. -teile, Waffenzielgeräte: 70,3% Gepanzerte Geländewagen (Personenschutz) und Munition für Flinten: 21%	1,59
2003	Sport- und Jagdgewehre, inkl. -teile: 84,1% Munition für Jagd- und Sportwaffen, Revolver und Pistolen und Munitionsteile für Jagd- und Sportwaffen: 10,5%	1,93
2004	Sport- und Jagdgewehre, Waffenzielgeräte für Sport- und Jagdwaffen, inkl. Teile: 87,7%	2,30
2005	Jagdgewehre, Sportgewehre und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 51% Geländewagen und Teile für Radfahrzeuge: 22,9% Munition für Jagdwaffen, Sportwaffen, Revolver und Pistolen: 15,5%	1,96
2006	Jagdgewehre, Sportgewehre und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 61,2% Geländewagen: 28,3%	3,68
2007	Jagdgewehre, Sportgewehre und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 66,1% Munition für Jagdwaffen, Sportwaffen und Teile für Jagdwaffenmunition, Sportwaffenmunition: 17,5%	3,66
2008	Infrarot-Beobachtungssysteme: 69,9% Jagdgewehre, Sportgewehre, Sportpistolen und Teile für Maschinengewehre (Deko), Jagdgewehre, Sportgewehre: 19,9%	14,94
2009	Überwachungssysteme und Teile für Überwachungssysteme: 85,2%	15,68
2010	Pistole, Jagdgewehre, Sportgewehre, Flinte, Ladestreifen und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 56,2% Geländewagen mit Sonderschutz: 32,0%	3,57
2011	Gewehre ohne KWL-Nummer, Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen, funktionsunfähige Waffen und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen: 50% Geländewagen mit Sonderschutz: 31,9%	3,69
2012	Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen, Waffenzielgeräte und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen: 58,1%	4,97

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
	Munition für Gewehre, Jagdwaffen, Sportwaffen, Pistolen, Revolver, Flinten und Teile für Gewehrmunition, Jagdwaffenmunition, Sportwaffenmunition, Flintenmunition: 19,8% Geländewagen mit Sonderschutz: 12,3%	
2013	Gewehre ohne KWL-Nummer, Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen, Jagdselbstlade Flinten und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen, Jagdselbstlade Flinten: 61,8% Geländewagen mit Sonderschutz und Teile für ballistischen Schutz: 31,4%	4,82
2014	Helme, ballistische Schutzwesten und Einschübe für Schutzwesten: 94,1%	25,40
2015	Stromerzeuger für eine Korvette: 79,9% Multisensorplattform zur Seeüberwachung: 16,3%	5,82
2016	Jagdgewehre, Sportgewehre, Rohrmaschinen-Lafetten, Magazine, Mündungsbremsen und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 70,2% Munition für Gewehre, Jagdwaffen, Sportwaffen, Flinten und Teile für Jagdwaffenmunition, Sportwaffenmunition, Revolvermunition, Pistolenmunition: 15%	2,58
2017	Jagdgewehre, Sportgewehre, Rohrmaschinen-Lafetten, Magazine und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre, Mündungsbremsen: 47% Atemschutzmasken, Detektionsausrüstung und Teile für Detektionsausrüstung: 43,6%	2,73
2018	Jagdgewehre, Sportgewehre, Jagdselbstlade Flinten, Rohrmaschinen-Lafetten, Magazine und Teile für Jagdgewehre, Rohrmaschinen-Lafetten: 63,7% Container: 20,8%	2,11
2019	Jagdgewehre, Magazine, Rohrmaschinen-Lafetten und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 42,9% Container und Teile für Container: 28,6% Munition für Jagdwaffen, Sportwaffen und Flinten: 10,4%	2,07
2020	Tauchgeräte, Container und Teile für Tauchgeräte: 40,5% Jagdgewehre, Sportgewehre, Magazine, Schalldämpfer und Teile für Jagdgewehre, Sportpistolen: 25,3% Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung: 19,4%	3,50
2021	Jagdgewehre, halbautomatische Jagd-/Sportgewehre, Wechselmagazine, Rohrmaschinen-Lafetten und Teile für Jagdgewehre: 55,0% Container und Teile für Tauchgeräte: 20,6% Jagdwaffenmunition, Sportwaffenmunition, Revolvermunition, Pistolenmunition, Jagdflintenmunition, Sportflintenmunition und Teile für Jagdwaffenmunition, Sportwaffenmunition: 16,5%	2,47

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2021, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de>

Schaubild 1

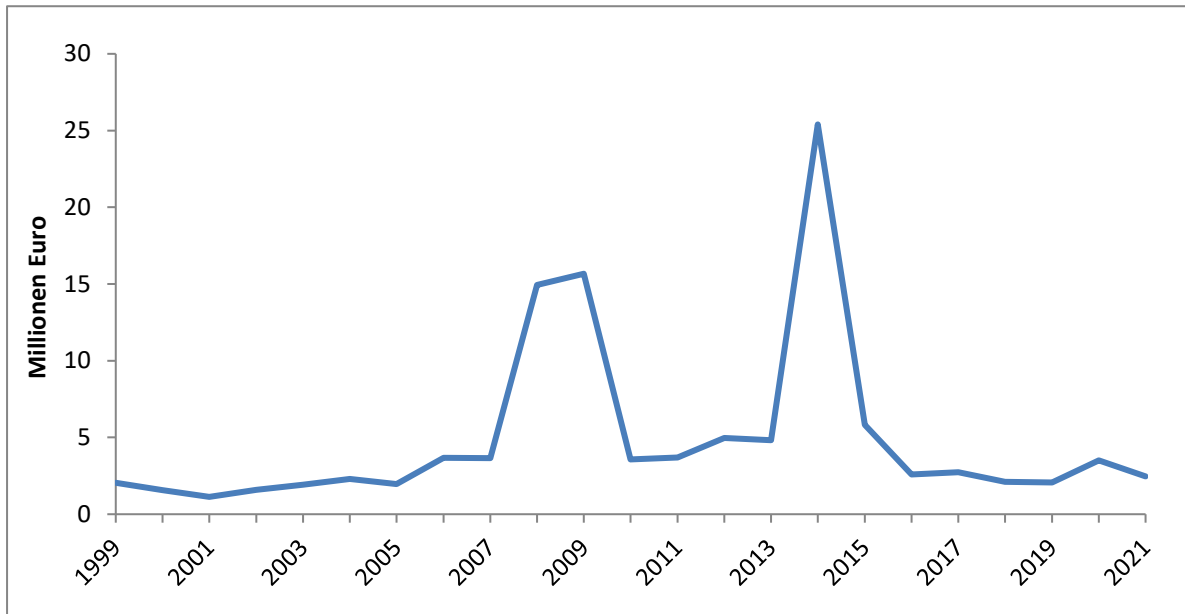
Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2021

Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland in die Ukraine 2000-2021

Da in der SIPRI-Datenbank nur komplette Großwaffensysteme erfasst werden, Deutschland zwischen 2000 und 2021 jedoch keine dieser Großwaffensysteme an die Ukraine geliefert hat, finden sich hierzu keine Angaben in der SIPRI-Datenbank.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

Die Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für die Ukraine ist gering. Hauptsächlich liefert Deutschland an die Ukraine Jagd- und Sportgewehre sowie entsprechendes Zubehör. Seit 2005 kam es jedoch zu einem Anstieg der Exportvolumina. So lässt sich der Antwort der Bundesregierung (18/863) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion die Linke im März 2014 entnehmen, dass zwischen 2005 und 2012 knapp 1.300 Ausfuhrgenehmigungen für genehmigungspflichtige Rüstungsexporte in die Ukraine im Umfang von rund 52 Millionen Euro erteilt worden sind. Der Anstieg ist dabei insbesondere auf die Jahre 2008 und 2009 zurückzuführen, in denen Infrarotbeobachtungssystemen und allgemeinen Überwachungssystemen geliefert wurden. Berichten des norwegischen Friedensforschungsinstitutes PRIO zufolge hat Deutschland im Jahr 2009 außerdem für ca. eine Mio. Euro Munition für Klein- und Leichtwaffen in die Ukraine exportiert. Laut UN-Waffenregister bezog die Ukraine ebenfalls im Jahr 2008 einen leichten Hubschrauber des Typs

Bo-105 aus Deutschland. Bemerkenswerterweise ist dieses Geschäft in den von Deutschland an die Vereinten Nationen gemeldeten Informationen nicht aufgeführt. Den Anstieg der Rüstungsexporte in die Ukraine im Jahr 2014 erklärt die Bundesregierung in ihrem Rüstungsexportbericht von 2014 hauptsächlich durch die Lieferung von Helmen und ballistischen Schutzwesten. Seither wurden insbesondere Jagd- und Sportgewehre aus Deutschland in die Ukraine exportiert, so auch 2020. Daneben genehmigte die Bundesregierung 2020 unter anderem die Lieferung von Tauchgeräten und Containern sowie von Kommunikations- und Ortungsausrüstung.

Seit dem 24. Februar 2022 lieferte die deutsche Bundesregierung jedoch Rüstungsgüter und Waffensysteme. Zwischen dem 01.01. und dem 12.12.2022 sollen diese einen Wert von mindestens 2,15 Milliarden Euro erreicht haben. Einen vollständigen Überblick über die Lieferungen finden sich auf der [Website der Bundesregierung](#).

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen in die Ukraine 2017-2021, Mio. TIV¹

Jahr	2017	2018	2019	2020	2021	2017-2021
Summe	4	70	23	18	39	153

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

Deutsche Exporte von Großwaffensystemen in die Ukraine 2017-2021, Mio. TIV

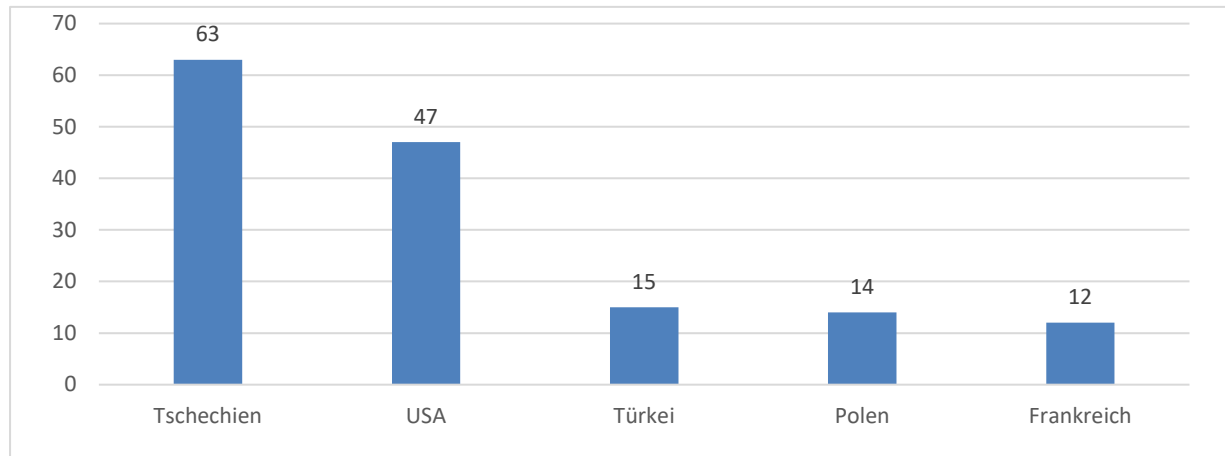
Da Deutschland im Zeitraum von 2017 bis 2021 keine kompletten Großwaffensysteme in die Ukraine liefert, gibt es keine Angaben zu deutschen Lieferungen in der Arms Transfer Datenbank von SIPRI.

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

¹ SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2017-2021, Mio. TIV



Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, http://armstrade.sipri.org/armstrade/html/export_values.php

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: Juni 2022) nahm die Ukraine im Zeitraum von 2017 bis 2021 die 69. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Das Land importiert primär Klein- und Leichtwaffen, Munition und technisches Equipment bzw. Komponenten zur Herstellung von Rüstungsgütern und Waffen. Seit der Annexion der Krim durch Russland und den daraus folgenden Spannungen stehen die europäischen NATO-Staaten Waffenlieferungen in die Ukraine kritisch gegenüber, da dies durch Russland als Provokation aufgefasst werden könnte. Unterstützung erhält der ukrainische Staat derzeit vor allem durch die USA, die der Ukraine Hilfe bei der Ausrüstung und Ausbildung von Polizei und Militär zusagten und zudem die Präsenz der US-Truppen in Osteuropa erweiterten. Auch Hilfe seitens der NATO wird erbeten. So wurde im Frühjahr 2015 bekannt, dass das ukrainische Militär mit Hilfe der NATO modernisiert und somit die Kooperation mit NATO-Truppen ausgebaut werden soll. Im Januar 2016 vereinbarten der damalige Präsident Poroschenko und der damalige US-Vizepräsident Joe Biden bei einem Treffen in Davos eine Aktivierung der militärtechnischen Zusammenarbeit.

Seit Beginn der Kämpfe in der Ostukraine haben die USA verstärkt militärisches Equipment und Waffensysteme in die Ukraine geliefert. So lieferten die USA u. a. 2018 210 Panzerabwehrraketen (Typ FGM-148 Javelin), von denen die Ukraine 2020 150 weitere erhielt. Zudem stifteten die USA 2021 nochmals 480 der Panzerabwehrraketen des gleichen Typs, wovon laut SIPRI-Datenbank allerdings erst 180 geliefert worden sein sollen. Außerdem schenkten die USA der Ukraine 2015 30 gebrauchte gepanzerte Fahrzeuge und 2018 zwei gebrauchte Patrouillenboote. Bis Ende 2021 wurden drei weitere gebrauchte Patrouillenboote gestiftet sowie 15 Artillerieortungsradare. Ungeachtet russischer Proteste schulen die USA seit Herbst 2015 zudem noch mehr ukrainische Sicherheitskräfte. Zudem wurden im Juli 2016, Berichten zufolge, 24 unbemannte Flugsysteme zur Aufklärung des Typs AeroVironment RQ-11B Raven geliefert.

Seit der russischen Invasion auf der Krim hat Kanada der Ukraine nicht-letale Rüstungsgüter und Ausrüstung im Wert von ca. 524 Millionen US-Dollar zur Verfügung gestellt. Im April 2017 unterzeichneten die beiden Staaten eine Vereinbarung zur Verteidigungskooperation, welche sich insbesondere auf Forschung und Produktion fokussieren wird und keine direkten Zusagen zu Waffenlieferungen in die Ukraine enthält. Seit 2014 wurden lediglich 39 Spartan Mannschaftstransporter aus Kanada geliefert.

Seit 2018 exportierte außerdem Tschechien, das auch zwischen 2017 und 2021 wichtigster Lieferant von Großwaffensystemen für die Ukraine war, 56 gebrauchte Selbstfahrlafetten und 87 gebrauchte BMP-1 Schützenpanzer in die Ukraine.

Polen exportierte zwischen 2018 und 2020 100 Lenkwaffen (Loitering Munition vom Typ Warmate) sowie 54 gebrauchte gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ MT-LB. Bis 2021 folgten 24 Dozor-B Mannschaftstransporter, die in der Ukraine montiert wurden.

Aus Frankreich importierte die Ukraine zwischen 2018 und 2021 vier von insgesamt 12 bestellten gebrauchten EC725 Super Cougar Transporthubschraubern. 2020 orderte die Ukraine außerdem 20 französische FPB-98 Patrouillenboote, von denen fünf in Lizenz in der Ukraine produziert werden sollen. Die Lieferung war für die Jahre 2021 bis 2024 angesetzt – der aktuelle Stand hierüber ist unklar.

2019 lieferte ferner die Türkei 12 bewaffnete Bayraktar-2 Drohnen. 2020 wurden weitere 48 hiervon geordert, die teilweise auch unter Lizenz in der Ukraine produziert werden sollten.

Des Weiteren lieferten im Jahr 2015 die Vereinigten Arabischen Emirate 47 gepanzerte Mannschaftstransporter (vom Typ Cougar, Shrek und Spartan) und Großbritannien 75 gebrauchte vom Typ AT-105 Saxon. 2021 lieferte Litauen ein L-39Z Trainings- und Kampfflugzeug.

Militärausgaben

Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

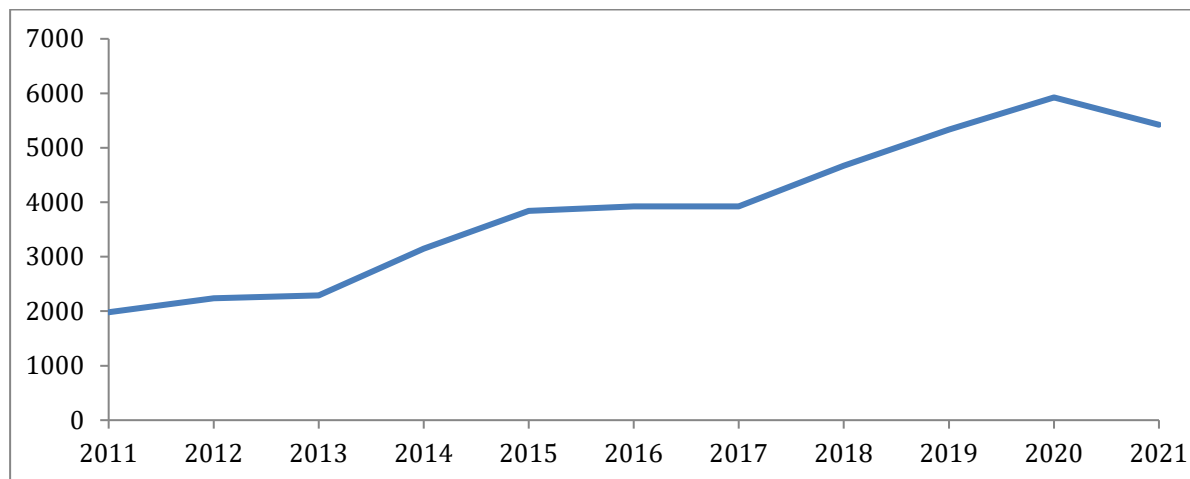
	2017	2018	2019	2020	2021
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	3924	4668	5333	5924	5423
Anteil am BIP (in Prozent)	2,9	3,2	3,5	3,8	3,2
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	6,9	7,6	8,5	8,3	7,8

Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3

Absolute Militärausgaben, Trend 2011 – 2021 in Mio. USD

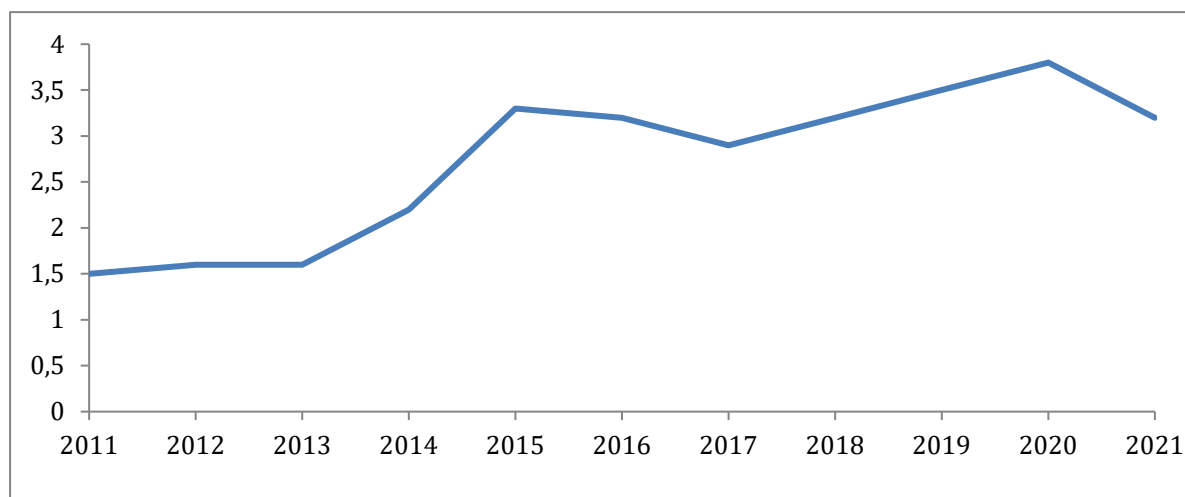


Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2020.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4

Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2011 – 2021 (in Prozent)



Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Die Ukraine verfügte schon zur Zeit der Sowjetunion über eine beträchtliche Rüstungsindustrie. Mit der Unabhängigkeit der Ukraine erbt das Land etwa 25 bis 30 Prozent der gesamten sowjetischen Rüstungsindustrie. Neben selbst produzierten Rüstungsgütern

und Waffen beliefert die Ukraine eine Reihe von Staaten mit alten sowjetischen Waffen, insbesondere Länder in Afrika und Asien.

Im Jahr 2008 verabschiedete die Regierung eine Strategie zur Entwicklung der Rüstungsindustrie mit dem Ziel, erneut eigene komplette Produktionsketten für einige Waffensysteme aufzubauen. Damit wollte sie der Importabhängigkeit der Rüstungsindustrie begegnen. Auch wenn die ukrainische Rüstungsindustrie einige strukturelle Defizite durch technologischen Rückstand sowie wenig stringente Produktions-, Verwaltungs- und Kompetenzstrukturen aufweist, bleibt gerade das Exportgeschäft ein wichtiger Stützpfeiler für einige Unternehmen. So profitieren ca. 40 Betriebe direkt vom Exportgeschäft. Rund 250 andere können dadurch hingegen kaum wirtschaftliche Fortschritte verbuchen. Auch die hohe Nachfrage der eigenen Armee, die auf eine gut aufgestellte heimische Rüstungsindustrie angewiesen ist, um ihre Nachfrage zu decken, treibt die Rüstungsproduktion an.

Ein weiteres Charakteristikum der ukrainischen Rüstungsindustrie war ihre enge Verknüpfung mit Russland, von dessen Zulieferungen sie weitgehend abhängig war. Aus diesem Grund hat selbst die proeuropäische Ausrichtung Kiews in den Jahren der orangenen Revolution an der intensiven russisch-ukrainischen Kooperation im militärisch-technischen Bereich nichts geändert. Seit der Annexion der Krim durch Russland und den Konflikten in der Ostukraine brach die Rüstungskooperation, die rund die Hälfte der ukrainischen Rüstungsexporte ausmachte, jedoch weitestgehend zusammen. So startete Russland ein groß angelegtes Programm, um ukrainische Produkte zu ersetzen. Bereits angelaufene Projekte werden zum Teil zwar offiziell noch fortgeführt, jedoch wurden diese zumeist faktisch gestoppt oder verzögert, was auch durch die Suche nach alternativen Kooperationspartnern durch die Ukraine unterstrichen wird. Im Osten der Ukraine befinden sich zudem einige der bedeutendsten Zuliefererbetriebe der russischen Rüstungsindustrie. Zwar stoppte die staatliche Rüstungsgesellschaft Ukroboronprom nach der Annexion der Krim sämtliche Lieferungen nach Russland, private Unternehmen aus der Ukraine sollen teilweise aber weiterhin die russische Armee beliefert haben.

Ukrainische Rüstungsfirmen können sich regelmäßig große Aufträge weltweit sichern. Dabei umfassen die Geschäfte neben der Lieferung von Militärgütern und -technik aus Arsenalen der ukrainischen Streitkräfte auch die Lieferungen von Teilen zur Endproduktion im Empfängerland sowie Wartungs- und Modernisierungsarbeiten. Rüstungsexporte fallen laut Verfassung ins Aufgabenfeld des Staatsoberhauptes und gelten damit als Handlungsfeld innerhalb der Außenpolitik. Informationen legen nahe, dass die Ukraine über Moldawien Waffen an Armenien verkauft hat. Sowohl die ukrainische als auch armenische Regierung dementierten jedoch diese Meldung.

Im Oktober 2013 gab das ukrainische Unternehmen Ukroboronprom den Beginn eines großangelegten Restrukturierungsprogramms bekannt, wodurch zumindest ein Teil der Missstände innerhalb der ukrainischen Rüstungsindustrie behoben werden soll. Ziel ist es, den gesamten Prozess von der Entwicklung über die Produktion bis hin zum endgültigen Vertrieb staatlich zu steuern. Dadurch soll auch die ukrainische Rüstungsindustrie für gemeinsame Projekte mit anderen Staaten gestärkt werden.

Größtes Unternehmen und größter Rüstungsexporteur ist das staatseigene Unternehmen Ukrspetseksport. Insgesamt sind etwa 90 Prozent der Rüstungsbetriebe Staatseigentum. Unklare Eigentumsverhältnisse (verschiedene Ministerien) und das Fehlen eines zentralen Koordinationsgremiums haben jedoch erhebliche negative Einflüsse auf die

Entwicklungs- und Produktionsfähigkeiten. Zudem wurde im Dezember 2014 bekannt, dass aufgrund der Konflikte mit Russland und dem daraus folgendem Zusammenbruch der Kooperation ca. 30.000 russische Produkte ersetzt werden müssen. Die daraus resultierenden Kosten sind unbekannt. Als Reaktion wurden Rüstungsexporte durch Ukrspetseksport 2014 unterbrochen, auch um sich primär auf die nationale Versorgung mit Militärgütern zu konzentrieren.

Nach Aussagen aus dem Berater:innenkreis des ukrainischen Präsidenten soll die ukrainische Rüstungsindustrie zu Beginn der russischen Invasion zugleich unter Beschuss genommen und zu großen Teilen zerstört worden sein. Eine unabhängige Einschätzung hierüber ist bislang allerdings nicht zugänglich.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Heer, Luftwaffe 18 Monate; Marine 2 Jahre. Ab einem Alter von 20 Jahren.

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

196.600 aktiv, davon:

Heer: 125.600

Marine: 15.000

Luftwaffe: 35.000

Luftüberwachung: 20.000

Spezialeinheiten: 1.000

Reserve: 900.000

Gendarmerie & Paramilitärische Einheiten: 102.000, davon:

Nationalgarde: ca. 60.000

Grenzschutz: ca. 42.000

Quelle: IISS Military Balance 2022

Tabelle 6

Stärke der Streitkräfte, Trend 2013–2021

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Aktive in 1.000 (IISS)	130	121	204	204	204	209	209	209	197
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (BICC Berechnungen)	2,9	2,7	4,5	4,5	4,6	4,7	4,7	4,7	4,5

Quellen: IISS Military Balance, 2014-2022, World Bank

Kommentar

Nach der Unabhängigkeit der Ukraine im Zuge der Auflösung der Sowjetunion wurde die Notwendigkeit eines Umbaus der ukrainischen Streitkräfte deutlich. So waren die ukrainischen Streitkräfte, ähnlich wie andere Armeen in Nachbarländern, von einem Missverhältnis zwischen der Anzahl hoher Offizier:innen und Mannschaften geprägt. Im Jahr 2004 etwa kamen auf eine:n Offizier:in 2,6 Mannschaftsdienstgrade, während das Verhältnis in modernen Armeen etwa das Doppelte beträgt. Professionalisierung und Effizienzsteigerung waren ein zentrales Ziel der Militärreform und des Umbaus der Streitkräfte, speziell seit 2014. Aus diesem Grund wurde eine Phase der Transformation eingeleitet, welche eine Reduzierung der Stärke der Streitkräfte von 200.000 auf etwa 130.000 Soldat:innen vorsah. Doch auch wenn in vielen Bereichen der Versuch unternommen wurde, westliche bzw. NATO-Standards zu etablieren, war das strukturelle Erbe der Sowjetunion allgegenwärtig. Eine umfassende und weitreichende Reform wurde dadurch erheblich erschwert. 2021 konnten mit einer neuen „Military Security Strategy“, in welcher der Interoperabilität mit der NATO höchste Priorität eingeräumt wurde, jedoch einige Reformen umgesetzt werden. So etwa die Trennung der Posten des Generalstabschefs von dem des:der Oberbefehlshaber:in und die Schaffung mehrerer neuer Kommandos (wie etwa eines Joint Forces Command). Im Jahr 2020 wurden bereits zudem drei neue Reservekomponenten geschaffen (eine operative, eine Mobilisierungs- und eine zivile Reserve).

Die Verkleinerung der Streitkräfte wurde in Folge des militärischen Einsatzes im Osten des Landes seit Frühjahr 2014 vorerst gestoppt und die Wehrpflicht wieder eingeführt (seit 2015 jedoch ab 20 anstatt 18 Jahren). Der Staat hatte bis zur Invasion durch Russland am 24. Februar 2022 jedoch erhebliche Probleme bei der Rekrutierung von Streitkräften, trotz ausgeweiteten Werbekampagnen und Gesetzesänderungen, z. B. bezüglich Ausreisebedingungen für Wehrpflichtige.

Da die Streitkräfte noch immer zu großen Teilen mit vielen veralteten Waffensystemen ausgestattet sind, ist eine umfassende Modernisierung notwendig. In den letzten Jahren war eine hohe Verlustquote (insbesondere bzgl. der Ausstattung der Marine und der Luftwaffe) zu verzeichnen. Daher sieht der aktuelle 10-Jahres-Beschaffungsplan speziell die Verbesserung der Luft- und Seekapazitäten (etwa durch den Erwerb von britischen Minenjägern, türkischen Korvetten und westlichen Kampfflugzeugen) vor. Besonderes Augenmerk liegt hierbei auf Spezialeinheiten, Artillerie, Raketensystemen und Luftverteidigungssystemen.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	1.990	Davon 1132 eingelagert

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schützenpanzer	1.212	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	622	
Aufklärer	547	
Bergepanzer	Mehr als 34	
Brückenlegepanzer	Einige	MTU-20
Pionierpanzer	53	
Artillerie	Mehr als 1901	Davon bis zu 83 2S7 Pion eingelagert
Panzerabwehr	Ca. 500	Anzahl der Geschütze; zusätzlich einige Raketen und Panzerabwehrlenkwaffensysteme (u. a. AT-4 Spigot; AT-6 Spiral, FGM-148 Javelin)
Luftabwehr	Mehr als 81	Anzahl der Flugabwehrraketen; zusätzlich einige Geschütze (u. a. ZSU-23-4 Shilka, S-60)
Kampfhubschrauber	Ca. 35	
Mehrzweckhubschrauber	1	
Transporthubschrauber	Ca. 23	
Raketen	90	SS-21 Scarab, zusätzlich einige Luft-Boden-Raketen (Barrier-V)

Quelle: IISS Military Balance 2022

Kommentar

Die ukrainische Armee ist größtenteils mit alten sowjetischen Rüstungsgütern und Kriegsgerät ausgestattet. Umfassende Modernisierungsmaßnahmen und Kampfwertsteigerungen seit den 1990er Jahren haben jedoch die Qualität des Geräts verbessern können. Die dazu nötige Technik kam überwiegend aus ukrainischer und russischer Produktion. Geplant ist die Modernisierung bzw. der Austausch der überwiegend vorhandenen T-72 Panzer mit moderneren T-84 Panzern, doch ist dies bis heute nicht vollends gelungen. Ende 2014 wurde bekannt, dass diesbezüglich Gespräche mit Polen geführt wurden, in denen es außerdem um einen Ersatz für die schwimmfähigen BMP-1-Schützenpanzer ging. Zwischen 2018 und 2020 wurden hiervon 87 gebrauchte aus Tschechien geliefert. Im Juli 2015 erhielt das ukrainische Militär acht modernisierte T-80 Kampfpanzer, die in der Ostukraine eingesetzt werden sollen. Auch 2017 und 2019 erhielten die Streitkräfte eine unbestimmte Anzahl weiterer modernisierter T-80 Panzer vom staatseigenen Unternehmen UkrOboronProm. 2019 wurde außerdem bekannt, dass die Aufrüstung einiger T-80 Panzer auf den T-84-Standard im gleichen Jahr begonnen werden soll.

Im Vergleich zu den anderen Teilstreitkräften wird das Heer bei der Entwicklung neuer Waffensysteme bevorzugt, um auf die Anforderungen moderner Kriegsführung reagieren zu können. Um Anschluss an die NATO zu finden und eine Interoperabilität zu erreichen, stiegen die absoluten Militärausgaben in den letzten zehn Jahren um rund 200 Prozent

an. Dennoch haben die Bemühungen noch nicht die gewünschten Erfolge erzielt und die Modernisierung wird noch einige Jahre andauern.

Im Januar 2016 vereinbarten der damalige Präsident Poroschenko und der damalige US-Vizepräsident Joe Biden bei einem Treffen in Davos eine Verstärkung der militärtechnischen Zusammenarbeit. Seit Beginn der Kämpfe in der Ostukraine haben die USA verstärkt militärisches Equipment und Waffensysteme in die Ukraine geliefert. So erhielt die Ukraine aus den USA in den letzten Jahren bspw. Mannschaftstransporter und Panzerabwehrraketen. Unter Präsident Biden wurde im März 2021 ein militärisches Hilfspaket in Höhe von 125 Millionen Dollar beschlossen. Seit der Annexion der Krim haben die USA somit mehr als 2,7 Milliarden US-Dollar an militärischer Hilfe für die Ukraine zugesichert. Seit der Invasion im Februar 2022 sollen die USA zudem [Militärhilfe](#) im Wert 38 Milliarden Dollar geliefert (oder zugesichert) haben, weitere rund 20 Milliarden sind derzeit geplant.

Tabelle 8

Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Fregatten	1	
Patrouillenboote	12	
Davon Korvetten	1	
Minenboote	1	
Amphibienfahrzeuge	2	
Logistik und Unterstützung	8	

Quelle: IISS Military Balance 2022

Box 2

Weitere Marineeinheiten

Marineflieger:

2 Flugzeuge zur U-Boot-Abwehr (zurzeit nicht einsatzfähig)

2 Transportflugzeuge (eingelagert)

Mehr als 7 Hubschrauber zur U-Boot-Abwehr

1 Transporthubschrauber

1 Ausbildungshubschrauber

Mehr als 1 Drohne (kampffähig)

Marineinfanterie:

69 schwere Panzer

Einige Schützenpanzer und gepanzerte Mannschaftstransporter

Einige Artilleriegeschütze

Einige Panzerabwehrgeschütze

Einige Luftabwehrgeschütze

Quelle: IISS Military Balance 2022

Kommentar

Die ukrainische Marine ist mit Abstand die kleinste Teilstreitkraft innerhalb der Armee. Sie hat ihre Einsatzbereitschaft sowohl bei der Küstenverteidigung, bei Unterstützungsaufgaben und bei Kampfeinsätzen im Rahmen multinationaler und NATO-geführter Missionen begrenzt demonstriert. Viele Schiffe sind jedoch aufgrund ihres allgemein schlechten Zustands kaum zu nutzen. Wie beim Heer stammt auch bei der Marine die Ausrüstung größtenteils aus Zeiten der Sowjetunion; die meisten Schiffe wurden in den 1970er und 1980er Jahren gebaut, einige wenige Schiffe in den 1990er Jahren. Bereits ein Bericht über den technischen Zustand der Schiffe aus dem Jahr 2005 kam zu dem Schluss, dass fast alle umgebaut und generalüberholt werden müssten. Seither gab es nur eine relativ überschaubare Anzahl an Neuanschaffungen, wie eine 2009 beschaffte Korvette und fünf gebrauchte Patrouillenboote aus den USA. Weitere Lieferungen, die ab 2022 geplant sind, stehen nach aktuellem Stand (Juni 2022) noch aus (bspw. modernisierte Patrouillenboote aus Frankreich und aus den USA sowie zwei bis vier MilGem-Fregatten aus der Türkei). Zwei Sandown Minenspürboote könnten demnächst aus Großbritannien geordert werden.

Im Zuge der Krim-Annexion durch Russland 2014 wurde ein großer Teil der Ausstattung der ukrainischen Marine durch russische Truppen beschlagnahmt, darunter unter anderem 20-25 Schiffe. Nur einige dieser beschlagnahmten Schiffe wurden später zurückgegeben. Generell zeigte sich bei der Annexion der Krim die Schwäche der ukrainischen Streitkräfte. Zwar spielt das Schwarze Meer eine wichtige politische Rolle für die Ukraine, sie verfügt jedoch nicht über die nötigen Seestreitkräfte und nicht über eine kohärente Strategie, um den Küstenschutz gewährleisten zu können.

Um die Marine zu stärken, befindet sie sich derzeit in einer umfassenden Transformations- und Modernisierungsphase. Das Ziel ist dabei auch, die Flotten im eigenen Land zu produzieren, mit modernerer Technik auszustatten und sie damit ebenfalls auf ein Niveau zu bringen, das dem der NATO entspricht. Zu den 20 aus Frankreich bestellten Patrouillenbooten, die zwischen 2021 und 2024 geliefert werden sollen, wurde in 2020 ein 600 Millionen US-Dollar schwerer, potentieller Verkaufsvertrag vom US-Außenministerium genehmigt. Dieser umfasst neben 16 Mark VI Patrouillenbooten (bisher nur acht geordert) auch verschiedene Waffen, Sensoren und Kommunikationsgeräte. Im Dezember 2020 wurde zudem ein Vertrag über Technologietransfer bzgl. Drohnen und den Kauf von bis zu vier Tarnkappen-Korvetten mit der Türkei bekannt, welche teilweise in der Ukraine gefertigt werden sollten. Der Vertrag könnte bis zu einer Milliarde US-Dollar umfassen.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Abfangjäger	Ca. 14	
Jagdbomber	Ca. 70	
Kampfflugzeuge	Ca. 31	
Aufklärungsflugzeuge	12	Davon ca. 9 kampffähig
Ausbildungsflugzeuge	Ca. 31	
Transportflugzeuge	29	
Hubschrauber (Command & Control)	Ca. 14	
Transporthubschrauber	32	
Luftabwehr	Mehr als 322	
Raketen	Einige	u. a. AA-10A <i>Alamo</i> , AA-11A <i>Archer</i>
Drohnen	6	Alle kampffähig (<i>Bayraktar TB2</i>)

Quelle: *IISS Military Balance 2022*

Box 3

Weitere Luftwaffeneinheiten

Airborne Assault Troops:
60 schwere Panzer
Einige Schützenpanzer
Mehr als 187 gepanzerte Mannschaftstransporter
Mehr als 30 Pinoierpanzer
Einige Panzerabwehrraketen
142 Artilleriegeschütze
Einige Luftabwehrgeschütze und -raketen

Quelle: *IISS Military Balance 2022*

Kommentar

Wie auch die anderen Teilstreitkräfte verfügt die Luftwaffe über größtenteils ehemaliges sowjetisches Kriegsgerät. Die Modernisierung eines Teils der Luftwaffe wurde von einem stetigen Abbau der allgemeinen Kapazitäten begleitet. Über die genaue Anzahl der Flugzeuge gibt es unterschiedliche Angaben. Frühere Berichte gingen von etwa 800 Flugzeugen aus. Im Jahr 2006 begannen umfangreiche Maßnahmen, alte Flugzeuge außer Betrieb zu nehmen und mit den freigesetzten Ressourcen durch Einsparungen bei Instandhaltung die Luftabwehr und die Kommunikationsausrüstung zu modernisieren. Bereits ein Jahr zuvor verabschiedete die Regierung einen Plan, die veraltete Flotte der Kampfflugzeuge mit neueren Modellen zu ersetzen oder ein neues eigenes Kampfflugzeug zu

entwickeln. Zuletzt (Stand: 2021) befanden sich etwa 124 kampffähige Flugzeuge im Einsatz.

Seit 2014 hat die ukrainische Luftwaffe mehrere Flugzeuge und Hubschrauber in den Kämpfen im Donbass verloren. Von Frankreich erhielt die Ukraine zwischen 2018 und 2019 12 EC725 Super Cougar und 2021 wurde eine Kooperation mit den Vereinigten Arabischen Emiraten zur Entwicklung von Raketensystemen, Flugzeugtriebwerken und Drohnen vereinbart.

Box 4

Paramilitärische Einheiten

Nationalgarde:

Einige schwere Panzer

93 Schützenpanzer

Mehr als 22 gepanzerte Mannschaftstransporter

Einige Panzerabwehrraketen, Artillerie- und Luftabwehrgeschütze

24 Transportflugzeuge

14 Transporthubschrauber

Grenzschutz:

17 gepanzerte Mannschaftstransporter

Maritimer Grenzschutz:

21 Patrouillenboote

1 Logistik- und Unterstützungsschiff

Einige Transportflugzeuge

Einige Hubschrauber zur U-Boot-Abwehr

Quelle: IISS Military Balance 2022

Box 5

Peacekeeping

Demokratische Republik Kongo (MONUSCO): 260 Soldat:innen

Mali (MINUSMA): 12 Soldat:innen

Serbien (KFOR): 40 Soldat:innen

(UNMIK): 2 Soldat:innen

Sudan (UNISFA): 6 Soldat:innen

Südsudan (UNMISS): 4 Soldat:innen

Zypern (UNFICYP): 1 Soldat:in

Quelle: IISS Military Balance 2022

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Zu Sowjetzeiten galt das Militär als „Verteidiger der Nation“ und war als fester Bestandteil in die Gesellschaft integriert. Nach dem Ende des Kalten Krieges und mit der Unabhängigkeit der Ukraine kam es zu umfassenden und weitreichenden finanziellen Kürzungen, wodurch sich viele Soldat:innen mit einer völlig neuen sozialen Realität konfrontiert sahen. Der Staat stand vor der Aufgabe, die ehemaligen sowjetischen Truppen in eine ukrainische Armee umzubauen, die in Einklang mit dem neuen demokratischen Staat und der Gesellschaft stehen sollte. Mit der Reform war stets das Ziel verbunden, die Armee als tragende Säule beim Aufbau des Staates zu nutzen. Damit einhergehen sollte innerhalb der Gesellschaft ein besseres Verständnis für die Aufgaben des Militärs geschaffen und seine Akzeptanz, die durch einen zeitweisen Prestige- und Autoritätsverlust stark eingeschränkt war, erhöht werden. Erschwert wurde dieses Anliegen durch soziale Probleme, wie ein zu niedriger Sold, sowie die desolante Wohnungslage für viele Militärangehörige und ihre Familien. Bis Anfang 2008 hatten immer noch mehr als 50.000 Militärs keine Wohnung. Für die Folgen dieser Missstände, wie Alkoholismus, Befehlsverweigerung oder Korruption, hat die politische Führung noch keine umfassende Lösung gefunden.

Ein kontrovers diskutiertes Thema innerhalb des Landes war lange Zeit die Wehrpflicht. Innerhalb der Gesellschaft herrschte die Ansicht, dass die Armee die Soldat:innen nicht ausreichend trainiert und ausbildet, bedingt durch die chronische Unterfinanzierung der Streitkräfte. Doch nicht nur die schlechte Bezahlung hielt viele junge Leute davon ab, sich freiwillig zum Dienst zu melden. Viele Ukrainer:innen sahen das Militär nicht mehr als Institution, die Werte und „patriotische Pflichten“ vermittelt. Die Wehrpflicht wurde deshalb 2013 abgeschafft, in Folge des militärischen Einsatzes im Osten des Landes seit Frühjahr 2014 jedoch wieder eingeführt. Der Staat hatte, trotz ausgeweiteten Werbekampagnen und Gesetzesänderungen (z. B. bzgl. Ausreisebedingungen für Wehrpflichtige), bis zuletzt jedoch erhebliche Probleme bei der Rekrutierung von Streitkräften.

Dies änderte sich mit dem Einmarsch russischer Truppen im Februar 2022 dramatisch, da sich in den ersten Kriegswochen tausende Ukrainer:innen freiwillig zur Landesverteidigung meldeten und die Regierung ein Ausreiseverbot für Männer zwischen 18 und 60 Jahren verhängte und diese nach Bedarf einzog.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2016	2017	2018	2019	2020
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	3,0	2,9	3,3	3,6	3,8

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

https://data.imf.org/?sk=4e99eda6-45f6-4dcc-bd50-45fc207a6af5&hide_uv=1

In der Ukraine existieren neben dem Militär zahlreiche weitere Sicherheitskräfte, die hauptsächlich für die interne Sicherheit verantwortlich sind. Die zivile Polizei (genannt „militsiya“) ist dem Innenministerium unterstellt und umfasst verschiedene Einheiten: Die Kriminalpolizei, „Public Safety Police“, Transportpolizei, Spezialeinheiten der Polizei sowie „State Protection Service“. In der Vergangenheit gab es immer wieder Versuche, die Polizei zu reformieren und einen Bruch mit den sowjetischen Strukturen und Traditionen zu erreichen. Dies ist nicht gelungen und die Polizei bleibt damit in weiten Teilen eine der Institutionen im Land, die sich einem Wandel resistent widersetzt. Internationale Menschenrechtsgruppen forderten vor der Fußball-Europameisterschaft 2012 eine umfassende Polizeireform, um Polizist:innen in Zukunft für ihre Handlungen – etwa für tätliche Angriffe, Folter und andere schwere Vergehen – zur Verantwortung zu ziehen.

Daneben existieren „interne Truppen“ (VV – Vnutrisni Viys'ka Ukrayiny), die zwar militärisch organisiert sind, aber ebenfalls dem Innenministerium unterstehen. Letztere unterstützen mit einer Stärke von etwa 39.000 Personen die Polizei, sollen bei Massenunruhen eingesetzt werden und dienen der Bekämpfung interner Konflikte sowie dem Schutz kritischer Infrastruktur, wie etwa von Atomkraftwerken.

Nach der Auflösung des sowjetischen Geheimdienstes KGB, entstand in der Ukraine der Inlandsgeheimdienst SBU. Wesentliche Aufgaben sind der Schutz der staatlichen Souveränität, der staatlichen Interessen, des wissenschaftlichen (Rüstungs-)Potentials und der Verfassung. Als Strafverfolgungsbehörde bekämpft der SBU ebenfalls organisierte Kriminalität und Terrorismus. Er ist direkt dem:der Staatspräsident:in unterstellt und unterliegt der parlamentarischen Kontrolle, die jedoch nur bedingt ausgeübt wird und wenig effektiv ist. Dieser Mangel und die Größe des Geheimdienstes (bis zu 30.000 Beschäftigte) scheinen seinen Missbrauch durch die jeweiligen Regierungen zu begünstigen. Berichten zufolge wird er immer wieder zur Unterdrückung der Opposition sowie zur Beeinflussung regimiekritischer Journalist:innen und Medien genutzt. Zuletzt fokussierte sich der SBU insbesondere auf Korruptionsbekämpfung. Es bestehen jedoch einige strukturelle sowie gesetzliche Defizite, die einen erfolgreichen Kampf erschweren. Generell vertraut die Bevölkerung dem Inlandsgeheimdienst bei der Korruptionsbekämpfung jedoch mehr als der Polizei. Während das Militär sich weitestgehend aus politischen Prozessen heraushält und eine neutrale Position einnimmt, beeinflussen viele Sicherheitskräfte diese indirekt mit Hilfe von Ermittlungen wegen Steuerhinterziehung oder durch kriminelle Aktivitäten.

Im Sommer 2015 wurde daher im Rahmen einer Polizeireform eine neue Einheit mit rund 2.000 Polizist:innen gebildet, die seitdem auch am Maidan eingesetzt wird und die korrupte Straßenpolizei ersetzen soll.

Informationen nach den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Überblick über die Einstufung nach BICC-Datenbank

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Möglicherweise kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Nicht kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Nicht kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Möglicherweise kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Nicht kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT) 2014	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch

Kommentar

Die Ukraine ist den meisten wichtigen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen beigetreten. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Unabhängigkeit hat sich die Ukraine schnell bereit erklärt, dem Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag beizutreten und alle Nuklearwaffen an Russland zu übergeben, was 1996 erfolgreich abgeschlossen wurde. Mit Hilfe der USA hat die Ukraine bis 2001, wie im Start I Vertrag vorgesehen, sämtliche strategischen Bomber, Abschussvorrichtungen für Nuklearwaffen und strategische Marschflugkörper abgerüstet bzw. zerstört. Dennoch lieferten ukrainische Unternehmen Mittelstreckenraketen, auch für den Einsatz mit Nuklearsprengköpfen, an den Iran und nach China. Die Ukraine verfügt noch immer über ein Arsenal an Streumunition und betrachtet diese als legitime Waffe. Sie ist daher dem Übereinkommen über Streumunition von 2010 nicht beigetreten und ukrainische Streitkräfte sollen diese Waffe laut dem [Cluster Munition Monitor 2022](#) im Abwehrkampf gegen Russland mindestens drei Mal eingesetzt haben, was von offizieller Seite auch nicht dementiert wurde. Russland soll in diesem Konflikt auch neu entwickelte Streumunition eingesetzt haben. Den Internationalen Waffenhandelsvertrag hat die Ukraine unterzeichnet, aber bislang noch nicht ratifiziert. Gegen die Ukraine ist derzeit kein Waffenembargo von Seiten der UN, EU oder OSZE verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 6

Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2021

Ukraine is a republic with a semipresidential political system composed of three branches of government: a unicameral legislature (Verkhovna Rada); an executive led by a directly elected president who is head of state and commander in chief and a prime minister who is chosen through a legislative majority and as head of government leads the Cabinet of Ministers; and a judiciary. In 2019 Volodymyr Zelenskyy was elected president in an election considered free and fair by international and domestic observers. In 2019 the country held early parliamentary elections that observers also considered free and fair.

The Ministry of Internal Affairs is responsible for maintaining internal security and order and oversees police and other law enforcement personnel. The Security Service of Ukraine is responsible for state security broadly defined, nonmilitary intelligence, and counterintelligence and counterterrorism matters. The Ministry of Internal Affairs reports to the Cabinet of Ministers, and the Security Service reports directly to the president. The State Border Guard Service under the Ministry of Internal Affairs implements state policy regarding border security, while the State Migration Service, also under the Ministry of Internal Affairs, implements state policy regarding migration, citizenship, and registration of refugees and other migrants. Civilian authorities generally maintained effective control over security forces in the territory controlled by the government. There were credible reports that members of the security forces committed some abuses.

Significant human rights issues included credible reports of: unlawful or arbitrary killings, including extrajudicial killings by the government or its agents; torture and cases of cruel, inhuman, or degrading treatment or punishment of detainees by law enforcement personnel; harsh and life-threatening prison conditions; arbitrary arrest or detention; serious problems with the independence of the judiciary; serious abuses in the Russia-led conflict in the Donbas, including physical abuses or punishment of civilians and members of armed groups held in detention facilities; serious restrictions on free expression and media, including violence or threats of violence against journalists, unjustified arrests or prosecutions of journalists, and censorship; serious restrictions on internet freedom; refoulement of refugees to a country where they would face a threat to their life or freedom; serious acts of government corruption; lack of investigation of and accountability for gen-

der-based violence; crimes, violence, or threats of violence motivated by anti-Semitism; crimes involving violence or threats of violence targeting persons with disabilities, members of ethnic minority groups, and lesbian, gay, bisexual, transgender, queer, or intersex persons; and the existence of the worst forms of child labor.

The government generally failed to take adequate steps to prosecute or punish most officials who committed abuses, resulting in a climate of impunity. The government took some steps to identify, prosecute, and punish officials involved in corruption.

In the Russian-instigated conflict in the Donbas region, Russia-led forces reportedly engaged in unlawful or widespread civilian harm, enforced disappearances or abductions, and torture and physical abuses or punishment. Other significant human rights issues included credible reports of: harsh and life-threatening prison conditions; arbitrary arrest or detention; political prisoners or detainees; serious problems with the independence of the judiciary; serious restrictions on free expression and the press; serious restrictions on internet freedom; substantial interference with the freedom of peaceful assembly and freedom of association; severe restrictions of religious freedom; serious restrictions on freedom of movement across the line of contact in eastern Ukraine; restrictions on political participation, including unelected governments and elections that were not genuine, free, or fair; and unduly restricted humanitarian aid.

Significant human rights issues in Russia-occupied Crimea included credible reports of: unlawful or arbitrary killings, including extrajudicial killings; forced disappearance; torture and cruel, inhuman, or degrading treatment or punishment by Russia or Russia-led "authorities," including punitive psychiatric incarceration; harsh and life-threatening prison conditions and transfer of prisoners to Russia; arbitrary arrest or detention; political prisoners or detainees; serious problems with the independence of the judiciary; arbitrary or unlawful interference with privacy; serious restrictions on free expression and media, including violence or threats of violence against journalists, unjustified arrests or prosecutions of journalists, censorship, and the existence of criminal libel; serious restrictions on internet freedom; substantial interference with freedom of peaceful assembly and freedom of association, including overly restrictive laws on the organization, funding, or operation of nongovernmental organizations and civil society organizations; severe restrictions of religious freedom; restrictions on freedom of movement; serious restrictions on political participation including unelected governments and elections that were not genuine, free, or fair; serious government restrictions on or harassment of domestic and international human rights; crimes involving violence or threats of violence targeting members of national/racial/ethnic minority groups, or indigenous people, including Crimean Tatars and ethnic Ukrainians; and crimes involving violence or threats of violence targeting lesbian, gay, bisexual, transgender, queer, and intersex persons (see Crimea subreport).

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2021
<https://www.state.gov/reports/2021-country-reports-on-human-rights-practices/ukraine/>

Box 7

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2021/2022

Impunity for torture remained endemic. Gender-based violence remained widespread, although a new law removed legal obstacles to prosecuting military personnel and police for domestic violence. Homophobic attacks by groups advocating discrimination and violence continued. The investigation of attacks against journalists and human rights defenders was slow and often ineffective. A draft law

on the security services envisaged additional powers of surveillance without legal safeguards. The crackdown on dissent and human rights defenders in occupied Crimea continued. Violations of international humanitarian law by both sides in eastern Ukraine remained uninvestigated.

Quelle: Amnesty International Report 2021/2022
<https://www.amnesty.org/en/documents/pol10/4870/2022/en/>

Box 8

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2022

Bewertung für die Ukraine auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 35/60

Politische Rechte: 26/40

Gesamtbewertung: Teilweise frei (61/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 9

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2022

Ukraine has enacted a number of positive reforms since the protest-driven ouster of President Viktor Yanukovich in 2014. However, corruption remains endemic, and the government's initiatives to combat it have met resistance and experienced setbacks. Attacks against journalists, civil society activists, and members of minority groups are frequent, and police responses are often inadequate. Russia occupies the autonomous Ukrainian region of Crimea, which it invaded in the aftermath of Yanukovich's ouster, and its military supports armed separatists in the eastern Donbas area.

Note:

The numerical scores and status listed here do not reflect conditions in the occupied Ukrainian territories of Crimea and Eastern Donbas, which are examined in separate reports.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/ukraine/freedom-world/2022>

Kommentar

Lange Zeit war es um die Menschenrechte in der Ukraine besser bestellt als in anderen ehemaligen Sowjetrepubliken. Einschränkungen betrafen dann jedoch nach der Wahl Janukowitschs zum Präsidenten im Jahr 2010 vor allem die Medien und die Opposition. So wurden Regierungsgegner:innen verstärkt vom staatlichen Justizapparat verurteilt. Der Inlandsgeheimdienst betrieb darüber hinaus eine Kampagne der Einschüchterung. Während die Ukraine seit den Protesten gegen das Regime Janukowitschs und dessen Absetzung 2014 einige Reformen durchgeführt hat, die auch zu einer Verbesserung der Menschenrechtslage beigetragen haben, bestehen zahlreiche Probleme weiter und es kommt zu Menschenrechtsverletzungen wie zum Beispiel willkürlichen Verhaftungen und Folter. Auch die Straffreiheit von Sicherheitskräften bleibt weiterhin ein großes Problem.

Besonders problematisch ist die Menschenrechtssituation in der Ost-Ukraine, wo es im Zuge des bewaffneten Konflikts mit von Russland unterstützten Milizen zu außergerichtlichen Hinrichtungen, Folter, Entführungen und Einschüchterung durch bewaffnete Gruppen kommt; ukrainisches Militär und Milizen eingeschlossen. Nur in seltenen Fällen kommt es zur strafrechtlichen Verfolgung dieser Verbrechen durch die ukrainische Justiz. Es herrscht auch hier weitestgehend ein Klima der Straflosigkeit.

Innere Lage im Empfängerland

Box 10

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2022 der Bertelsmann Stiftung

The period under review was marked by significant developments that have created new challenges for Ukraine. In April 2019, Volodymyr Zelensky – a former comedian with no political experience – was elected as president in a landslide election in which he received 73% of the votes. Satisfying the popular demand for new faces in politics, Zelensky promised to put corrupt politicians in jail and introduce instruments of direct democracy. On the day of his inauguration in May 2019, he announced early parliamentary elections. His newly established party, Servant of the People, which was comprised of various political interest groups and new faces without a political background from across the country, won 254 seats in the snap elections held in July 2019, thus enabling the respective parliamentary faction to create a single-party majority – an unprecedented development in Ukrainian politics to date.

With a broad popular mandate and sufficient votes in parliament to pass legislation, Zelensky and his party went into “turbo mode,” passing a large number of laws within a short period of time and without proper parliamentary deliberation. Headed by a young prime minister, Oleksiy Honcharuk, the early days of the new government inspired cautious hope as the new prosecutor general, Ruslan Ryaboshapka, launched an ambitious reform of the prosecution.

However, in March 2020, Zelensky initiated a reshuffling of the government replacing Oleksiy Honcharuk with Denys Shmyhal as prime minister. The reform-minded Prosecutor General Ryaboshapka was replaced by the politically compromised Iryna Venediktova. Zelensky’s falling approval rates – from more than 70% in September 2019 to below 50% in February 2020 to 35% by December 2020 – account for this reshuffling. In addition, his party grew increasingly fragmented and heavily influenced by entrenched political and economic interest groups. In 70% of the parliamentary votes held in March 2020, the president’s party did not get enough votes to pass legislation, which only further undermined Zelensky’s capacity to advance his reform agenda.

Local elections held in October 2020 took place against the background of the final stage of decentralization – one of the most successful reforms initiated in the wake of the 2014 Maidan revolution (also known as the Revolution of Dignity). Confirming the president’s fading popularity, his party won only 17.6% of local council seats nationally and suffered setbacks in major cities across the country.

Failed efforts to introduce judicial reform and increased attacks on anti-corruption institutions throughout 2019 and 2020 culminated in a constitutional crisis in late 2020 in which the Constitutional Court ruled as unconstitutional obligatory public asset declarations, thereby undermining previous efforts to establish effective corruption control mechanisms. During this period, there were also several incidents of selective justice being carried out that included the numerous criminal charges

brought against former President Poroshenko, violent attacks against civil society activists and the country's police force being captured by private interests. At the same time, oligarchic powers and openly pro-Russian political forces, represented by the Opposition Platform – For Life party funded by Viktor Medvedchuk (himself a close ally of Russian President Vladimir Putin) gained significant influence in southeastern Ukraine, making their anti-democratic agenda felt in parliament. [...] While Zelensky promised to bring an end to the war with Russia, he eventually realized that Russia, not Ukraine, holds the keys to terminating the conflict. His few achievements included three waves of prisoner exchanges (September and December of 2019 and again in April 2020) and the comprehensive cease-fire reached in July 2020, which resulted in a significant reduction in the number of casualties.

A strong civil society in Ukraine, coupled with the conditionality of Western financial institutions and strong engagement of the EU and other international partners, continued to push for reforms.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2021)

Im Jahresbericht 2021 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamt:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, liegt die Ukraine auf Platz 122 (2020: Platz 117), ranggleich mit Eswatini. Deutschland liegt auf Platz 10.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2021/index/ukr>

Spannungen und innere Konflikte

In der Ukraine bestehen seit Jahren zwei wesentliche Konfliktstränge, die sich teilweise auch überlappen und in der gegenwärtigen Krise des Landes zum Vorschein kommen: Zum einen existieren politische Loyalitätskonflikte zwischen den ukrainischen Bevölkerungsteilen und den russisch geprägten Bevölkerungsteilen. Zum anderen bestimmen seit Jahren existierende Auseinandersetzungen zwischen pro-westlichen und pro-russischen Fraktionen der politischen Elite wie auch der Bevölkerung die Politik des Landes. Mit der Wahl Viktor Janukowitschs kam im Februar 2010 ein pro-russischer Präsident an die Macht. Die darauffolgenden Jahre waren weiterhin durch Streitigkeiten um die Orientierung der Ukraine – vermehrt in Richtung Russlands oder der EU – bestimmt.

Im November 2013 markierten Proteste in der Bevölkerung den Beginn der gegenwärtig anhaltenden, tiefen ukrainischen Staatskrise. Auslöser für die Protestbewegungen („Euromaidan“) war die Nichtunterzeichnung eines seit 2007 verhandelten Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der EU, welches auf dem EU-Ukraine-Gipfel im Dezember 2011 verabschiedet und am 30. März 2012 paraphiert wurde. Kern des Abkommens ist ein umfassendes Freihandelsabkommen, das die nahezu vollständige Öffnung des jeweiligen Binnenmarktes für den Kooperationspartner vorsieht. Im November 2013 lehnte der damalige Präsident der Ukraine, Viktor Janukowitsch, die Vertragsunterzeichnung allerdings überraschend ab – zum Unmut eines großen Bevölkerungsanteils. In der Folge kam es zu den Protesten auf dem Kiewer Platz der Unabhängigkeit („Maidan Nesaleshnosti“), der erstmals am 29./30. November mit brutalen Mitteln durch eine Sonderpolizeieinheit geräumt wurde. Es folgten landesweite Massenproteste, die Janukowitsch wiederum gewaltsam unterdrücken ließ. Nachdem die ersten Aktivist:innen ums Leben kamen, antwortete der Euromaidan mit Gegengewalt, welche jedoch vornehmlich

von Anhänger:innen des „Rechten Sektors“ (Prawyj Sektor) ausgingen. In der Folgezeit kam es zu zahlreichen Gebäudebesetzungen seitens der Demonstrierenden sowie massiven Menschenrechtsverletzungen seitens der Sicherheitskräfte.

Zu dem Zeitpunkt galt die territoriale Integrität des Landes bereits als gefährdet, was insbesondere auf der ukrainischen Schwarzmeerhalbinsel Krim sichtbar wurde. Dort übernahmen am 27. Februar 2014 bewaffnete Akteure, darunter viele russische Soldat:innen ohne Hoheitsabzeichen, die Kontrolle; besetzten Flughäfen, Regierungsgebäude und Truppenstützpunkte, während das prorussische Parlament zeitgleich, unter Anwesenheit bewaffneter Personen, die Regierung absetzte. Eine Volksbefragung zum zukünftigen Status der Krim wurde eingeleitet und am 16. März stimmte die Mehrheit der Krim-Bewohner*innen für den Beitritt zu Russland. Da offizielle, von Russland bekanntgegebene Zahlen jedoch nicht unabhängig überprüft werden konnten und sie zudem widersprüchlich waren, ist die Legitimität der Abstimmung stark in Frage gestellt. Anfang April kam es infolge dieser Ereignisse auch im Osten des Landes zu Unruhen, wo Aktivist:innen in den Millionenstädten Charkiw und Donezk ebenfalls Referenden über eine Abspaltung forderten und Regierungsgebäude besetzten. Die Unruhen im Land beschädigten das Verhältnis zwischen Russland und der Ukraine schwer, beschuldigte letztere doch Moskau Provokateur*innen in die Ukraine zu schleusen, welche die Unruhen unterstützten. So soll etwa der separatistische Kommandeur Igor Girkin dem russischen Militärgesamtdienst GRU angehören.

Am 18. April 2014 einigten sich die USA, Russland, die Ukraine und die EU schließlich auf einen Friedensfahrplan unter der Voraussetzung, dass die Separatist:innen in der Ostukraine die besetzten Gebäude räumen und ihre Waffen niederlegen. Da diese Anweisung allerdings missachtet wurde, setzte die Regierung in Kiew ihren Militäreinsatz fort. Dies wiederum veranlasste Russland, die militärische Präsenz auf ukrainischem Territorium auszubauen. Am 11. Mai stimmten auch die Provinzen Luhansk und Donezk (Ostukraine) in einem Referendum über eine Abspaltung ab, die durch 89 Prozent der Wähler*innen befürwortet worden sein soll. Die separatistischen Führungsfiguren erklärten die Unabhängigkeit der Volksrepubliken Donezk und Luhansk, die von der EU und den USA nicht anerkannt, von russischer Seite hingegen bestätigt wurden. Das Minsker Protokoll vom 5. September 2014 und das Minsker Memorandum vom 19. September 2014 sahen unter anderem eine Feuerpause, den Abzug schweren Geräts und besondere Selbstverwaltungsrechte auf lokaler Ebene für einige Teile der Ost-Ukraine vor. Eine OSZE-Mission sollte die Waffenruhe überwachen. Dennoch kam es immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Daran änderte auch der erneuerte Waffenstillstandsvertrag vom 12. Februar 2015 (Minsk II) nicht viel, zu dessen Scheitern die OSZE die Separatist:innen verantwortlich machte. Auch in den Jahren 2016 bis 2018 kam es immer wieder zu Verletzungen des Waffenstillstands.

Im April 2019 wurde dann Wolodymyr Selenskyj zum neuen Präsidenten der Ukraine gewählt. Im Dezember 2019 kam es in Paris zu erneuten Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine, um unter Vermittlung von Frankreich und Deutschland einen dauerhaften Waffenstillstand zu erzielen. Im Zuge des Führungswechsels in Kiew konnten bereits ein beidseitiger Gefangenenaustausch, die Rückgabe von Patrouillenbooten sowie eine Truppenentflechtung (Rückverlegung von 1000 Metern, Minenräumung) ausgehandelt werden. Im Sommer 2020 konnte erneut ein Waffenstillstand ausgehandelt werden. Allerdings kam es schon nach kurzer Zeit wieder zu Verletzungen desselben. Allerdings

ging deren Anzahl im Vergleich zu den Vorjahren deutlich zurück. So reduzierte sich deren Zahl nach Angaben der OSZE nach dem in Minsk vereinbarten Waffenstillstand ab dem 27. Juli für die Monate August, September und Oktober 2020 um 95 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Das Fernziel bleibt die Umsetzung des Minsker Abkommens.

Im Jahr 2021 kam es zweimal zu massiven Truppenmassierungen in der Nähe der ukrainischen Grenze. Berichten zufolge sollen allein zwischen November und Dezember zwischen 70.000 und 100.000 Soldat*innen, schweres Kriegsgerät sowie medizinische Versorgungseinrichtungen und entsprechende Logistik auf russischer Seite in die Grenzregion gebracht worden sein. Von Seiten der Nato wurde die Very High Readiness Joint Task Force (VJTF) in Alarmbereitschaft versetzt, um einen möglichen Angriff auf die Ukraine begegnen zu können. Hintergrund für die russischen Truppenaufstockungen soll die mangelnde Bereitschaft Kiews sein, die Minsker Vereinbarung umzusetzen. Diese würde beinhalten, dass die Ukraine zwei separatistisch kontrollierte Regionen unter „Sonderstatus“ wieder aufnimmt – was aus Sicht Kiews eine Untergrabung ihrer Souveränität bedeuten würde. Zudem forderte der russische Präsident Putin Garantien, dass die Nato nicht weiter gen Osten erweitert werden soll. Die Ukraine und Georgien sind derzeit um einen Beitritt bemüht.

Seit der russischen Invasion befindet sich das Land im Kriegszustand und hat die Generalmobilisierung verkündet. Schätzungen zufolge könnten im Zuge des Krieges bisher mehr als 200.000 russische sowie ukrainische Soldat:innen getötet worden sein. Die Zahl der verifizierten getöteten Zivilist:innen liegt nach Angaben des OHCHR bei mindestens 6.755; die Dunkelziffer ist jedoch sehr hoch, so dass die Zahl der zivilen Opfer auch bei über 30.000 liegen könnten. Im Dezember waren zudem rund 7,8 Millionen Menschen ins Ausland geflüchtet (davon rund 4,8 Millionen, die in Schutzprogrammen von EU-Ländern registriert waren).

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Die Ukraine liegt im Osten Europas und grenzt im Norden und Westen an Belarus, Polen, die Slowakei, Ungarn, Rumänien und Moldawien. Im Osten verfügt die Ukraine über eine lange gemeinsame Landgrenze mit Russland. Im Süden grenzt das Land an das Schwarze Meer und verfügte bis zur russischen Annexion der Krim mit Sewastopol über einen strategisch wichtigen Hafen, der von der russischen Schwarzmeerflotte genutzt wurde. Seit sich die Halbinsel am 2. März 2014 von der Ukraine abspaltete und für unabhängig erklärte gilt ihre völkerrechtliche Zugehörigkeit für die internationale Gemeinschaft mehrheitlich als rechtswidrig. Ein Referendum am 16. März 2014 bestätigte anschließend die Angliederung an Russland, woraufhin die Republik Krim und die Russische Föderation am 18. März 2014 einen Vertrag über die Eingliederung der Krim in die Russische Föderation unterschrieben.

Politische Situation in der Region

Die derzeit größten Spannungen in der Region bestehen zwischen der Ukraine und Russland. Die Beziehungen der beiden Staaten sind schon seit geraumer Zeit angespannt.

Zwischen 2005 und 2010 war zunächst der Gaspreis Anlass für Konflikte zwischen Russland und der Ukraine, in Folge derer Russland zeitweilig die Lieferung von Gas dorthin stoppte. Die Konfliktparteien konnten sich jedoch im April 2010 auf eine 30-prozentige Preisreduzierung für die Ukraine einigen, für die diese im Gegenzug den Nutzungsvertrag für die russische Marinebasis Sewastopol im Schwarzen Meer verlängerte.

Derzeit befindet sich die Ukraine aufgrund der russischen Annexion der Krim sowie der Unterstützung für die Separatist:innen im Osten des Landes erneut im Konflikt mit Russland (siehe Kapitel „[Spannungen und innere Konflikte](#)“). Bis zum Januar 2018 hatte die ukrainische Regierung im Hinblick auf die Kämpfe in den beiden östlichen Gebieten Donezk und Luhansk von einer "Anti-Terror-Operation" gesprochen. Ein im Januar 2018 vom ukrainischen Parlament erlassenes Gesetz betrachtet die beiden Regionen nun als "von Russland besetztes Gebiet".

Am 25. November 2018 beschossen russische Sicherheitskräfte drei ukrainische Schiffe in der Meerenge von Kertsch und enterten diese. Die Ukraine verhängte daraufhin am 26. November 2018, zunächst für die Dauer von 30 Tagen, das Kriegsrecht. Der Krieg in der Ostukraine hat nach Angaben der UN-Menschenrechtsbeobachtermission in Kiew allein vom April 2014 und bis Ende 2018 zwischen 12.800 und 13.000 Menschen getötet; darunter auch 3.300 Zivilist:innen.

Grenzkonflikte

Im Jahr 2009 konnte durch einen Gerichtsbeschluss des Internationalen Gerichtshof ein langer Grenzkonflikt zwischen Rumänien und der Ukraine beigelegt werden. Umstritten waren angrenzende Seegebiete bzw. der Zugang zum Schwarzen Meer, die zum Vorteil Rumäniens entschieden wurden. Beiden Staaten haben aber die Möglichkeit, die natürlichen Ressourcen (Öl und Gas) auszubeuten. Beide Regierungen hatten bereits vor der Entscheidung angekündigt, das Ergebnis zu akzeptieren.

Ungelöst bleibt hingegen ein Konflikt zwischen Russland und der Ukraine über die Zugehörigkeit der Straße von Kertsch, die das Asowsche Meer und das Schwarze Meer verbindet. Die Ukraine beansprucht aufgrund historischer Zugehörigkeit die Kontrolle über die Wasserstraße, Russland beansprucht aber de facto die Kontrolle durch die Annexion der Krim. Für Russland ist sie ein wirtschaftlich wie militärisch wichtiger Faktor. Beide Seiten verhandeln zwar seit Jahren über die endgültige Abgrenzung des Gebiets, eine Einigung konnte jedoch bis heute nicht erreicht werden. Zusätzlich zu diesem Konflikt besteht nun der Streit um die Zugehörigkeit der Krim-Halbinsel nach der russischen Annexion sowie um die beiden Provinzen Luhansk und Donezk, welche die Ukraine als „von Russland besetztes Gebiet“ betrachtet. Wie der Krieg um genannte und weitere Gebiete der Ostukraine ausgehen wird, bleibt weiterhin offen.

Regionale Rüstungskontrolle

Nach der Auflösung der Sowjetunion hat die Ukraine alle Nuklearwaffen im Land vernichtet und ist 1994 dem Nichtverbreitungsvertrag beigetreten. Nach der Annexion der Krim durch Russland wuchs die Befürchtung, die Ukraine könnte die nukleare Aufrüstung anstreben. Die ukrainische Regierung erklärte jedoch mehrfach, dass die Ukraine frei von Nuklearwaffen bleiben soll.

Die Ukraine ist Mitgliedsstaat des Vertrags über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE). Der Vertrag entstand im November 1990 vor dem Hintergrund des Endes des Kalten Krieges und legt Obergrenzen für die Anzahl schwerer Waffensysteme, welche im Vertragsgebiet stationiert werden dürfen, fest. In Folge der Unterzeichnung wurden in den teilnehmenden Staaten mehr als 50.000 Waffensysteme zerstört.

Insbesondere durch den Austritt Russlands aus dem Vertragsverbund im Jahr 2007 wird die Wirksamkeit des KSE-Vertrages jedoch in Frage gestellt. Grundsätzlich befindet sich die Rüstungskontrolle hier in einer tiefen Krise, die sich durch den aktuellen Krieg mit Russland weiter verschärft. Wie eine zukünftige Rüstungskontrolle und Sicherheits- und Vertrauensbildende Maßnahmen, spätestens nach Ende des Konflikts, ausgestaltet werden müssen, ist derzeit Bestand wissenschaftlicher und politischer Debatten.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Im März 2014 setzte der Ständige Rat der OSZE die zivile Sonderbeobachtungsmission „Special Monitoring Mission (SMM) to Ukraine“ ein. Die Mission war mit ihrem Hauptsitz in Kiew und Teams an Beobachter:innen in den Gebieten Iwano-Frankiwsk, Lemberg und Czernowitz (Westukraine) sowie Cherson, Donezk, Dnipro, Luhansk und Odessa (Südostukraine) vertreten. Die SMM sollte durch ihre Präsenz Spannungen verringern und durch ihre täglichen Lageberichte zu Transparenz und damit zur Stabilisierung beitragen. Außerdem hatte sie die Aufgabe, die Einhaltung der Waffenstillstandsabkommen sowie des Abzugs schwerer Waffen zu beobachten. Im Dezember 2020 waren rund 720 internationale Beobachter:innen aus 44 OSZE-Staaten in der Ukraine stationiert, darunter auch 29 Deutsche. Zum 31. März 2022 wurde die Mission aufgrund des Krieges eingestellt.

Gefahr von Technologiepiraterie

Laut einer Studie der Business Software Alliance (BSA) betrug die Piraterie-Rate von Software in der Ukraine 80 Prozent im Jahre 2017 und ist damit im Vergleich zu den Vorjahren nur geringfügig gefallen (2015: 82 Prozent, 2013: 83 Prozent). Im Vergleich zu anderen Staaten der Region weist die Ukraine einen sehr hohen Wert auf. Der finanzielle Schaden belief sich 2017 auf 108 Millionen US-Dollar (2015: 129 Mio. USD).

Quelle: Business Software Alliance (BSA), Global Software Piracy Study 2018

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten (mit Einschränkung)	http://www.icao.int

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Die Ukraine ist bis heute kein unmittelbares Ziel transnationaler Terrorgruppen. Das Land hat alle wichtigen Anti-Terrorismus-Konventionen unterzeichnet und betreibt aktiv die Verhinderung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen, die in die Hände von Terrorist:innen gelangen könnten.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Organisierte Kriminalität ist ein großes Problem in der Ukraine. Laut einem Bericht des World Economic Forum vom November 2017 zählt die Ukraine zur Gruppe der Länder mit einem hohen Niveau an organisierter Kriminalität. Auch der Global Organised Crime Index 2022 zählt die Ukraine zu den Ländern mit hoher Kriminalität und geringer Resilienz. Es belegt hier den 34. von 193 Plätzen (wobei der letzte Platz die geringste Kriminalität bzw. ein geringes Kriminalitätsrisiko darstellt). Insbesondere der Drogen- und Zigarettenhandel floriert; zusätzlich begünstigt durch die gewaltsam ausgetragenen Konflikte

im Osten des Landes und die damit verbundene Destabilisierung des Landes. Ein weiteres schwerwiegendes Problem, mit dem die Ukraine zu kämpfen hat, ist der anhaltende Menschenhandel und illegaler Waffenhandel. Das Land hat sich zu einem wichtigen Herkunfts-, Transit- und Zielland für Menschenschmuggel entwickelt. Hinsichtlich des illegalen Waffenhandels siehe das Kapitel „[Unerlaubte Wiederausfuhr](#)“.

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten (mit Einschränkung)	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegzeiten von 1950	Beigetreten (mit Einschränkung)	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten (mit Einschränkung)	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Die Ukraine übermittelt regelmäßig Angaben im Rahmen des UN-Waffenregisters zu Rüstungsimporten und -exporten. So hat sie lediglich in den Jahren 2011 und von 2013 bis 2015 keine Berichte eingereicht. Auch im Rahmen des UN-Registers über Militärausgaben berichtet das Land recht regelmäßig, zuletzt im Jahr 2020.

Da das Land kein Mitglied des Arms Trade Treaty ist, bzw. diesen noch nicht ratifiziert hat, reichte es hier dementsprechend noch keinen Bericht ein. Im Rahmen des Programme of Action on small arms and light weapons werden im zweijährlichen Turnus Berichte eingereicht, zuletzt 2020.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Das Gesetz von 2003 „On State Control over International Transfers of Military and Dual-use Goods“ ist die rechtliche Basis für die Exportkontrolle von Rüstungsgütern und Waffen. Das Gesetz beinhaltet drei zentrale Elemente, die den Prozess bei Rüstungsexportentscheidungen leiten sollen: a) Die Anerkennung der internationalen Bemühungen bei Nichtverbreitung; b) Harmonisierung der ukrainischen Prozesse und Strukturen im Hinblick auf internationale Normen und Standards; und c) Kooperation mit Staaten und internationalen Organisationen zur Stärkung der internationalen Sicherheit und Stabilität. In den Entscheidungsprozess einbezogen sind neben dem:der Präsident:in auch der:die Verteidigungs- und Außenminister:in, die Direktor:innen der Geheimdienste sowie der:die Direktor:in des größten staatlichen Rüstungsunternehmens Ukrspetsexport, das mit Exportgeschäften beauftragt ist.

Die Ukraine gilt als Ursprungsland vieler illegaler Waffentransfers, auch an bewaffnete Akteure in unterschiedlichen Konflikten in Afrika, Osteuropa, Mexiko und dem Nahen Osten. Laut ukrainischen Zeitungsberichten gelangten rund 500.000 Waffen seit dem Beginn des Konflikts im Donbass im April 2014 auf den ukrainischen Schwarzmarkt, darunter Gewehre, Maschinengewehre und Pistolen. Die größten Quellen dieser Waffen waren sowjetische Bestände sowie Ausrüstung, die von Separatist:innen zurückgelassen wurde.

Darüber hinaus wurden Berichte bekannt, denen zufolge Waffen, die die Ukraine nach Deutschland schickt, in den Händen von syrischen Rebell:innen landen könnten und dort für „verdeckte Operationen“ verwendet werden. Das Auswärtige Amt hat auf eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag eingeräumt, dass der ukrainische Staatskonzern Ukroboronprom halbautomatische Gewehre des Typs SKS Simonow in die Bundesrepublik geliefert habe. Die Außenexpertin der Linken, Sevim Dagdelen, kritisiert, dass Berlin den Verdacht nicht ausräumen könne, dass diese Waffen an islamistische „Gotteskrieger:innen“ weitergegeben worden seien, um einen Regimewechsel in Syrien zu begünstigen. Die Jamestown-Foundation, ein US-amerikanischer Think Tank, geht davon aus, dass auf diesem Weg allein 2011 und 2012 etwa 54.000 Kleinwaffen nach Syrien gelangt sein könnten. Lange Zeit waren Staatsbedienstete, Militärs, Polizeiangehörige und Mitglieder des Geheimdienstes aktiv und passiv in den illegalen Waffenhandel involviert.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 11

Auszug aus dem Transformationsatlas 2022 der Bertelsmann Stiftung

Referred to as a “hijacked (electoral) revolution” by the Ukrainian historian Yaroslav Hrytsak, Zelensky’s term in office amounted to nothing less than a waste of the popular mandate to carry out important reforms. The COVID-19 pandemic only emphasized the chronic weakness of the country’s institutions, in particular its health care system.

The far-reaching reforms introduced prior to the coronavirus crisis brought some benefits to the country’s economy that allowed it to sail through the crisis with quite decent macroeconomic results. Following a 3.2% growth in real GDP for 2019, in 2020 this fell by 4.6%. Inflation, at 5% in December 2020, remained under control and was considerably less than that recorded in 2019. The banking system remained sound. International reserves increased and, though the hryvnia appreciated in 2019, it then depreciated in 2020, more or less back to its 2019 level. Real wages grew in 2020 despite the crisis, while unemployment increased only moderately. In this context, the increase in the fiscal deficit and debt was moderate. However, the new stand-by program with the IMF signed in June 2020 was derailed almost immediately, destabilizing fiscal performance by the second half of 2020.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Tabelle 16

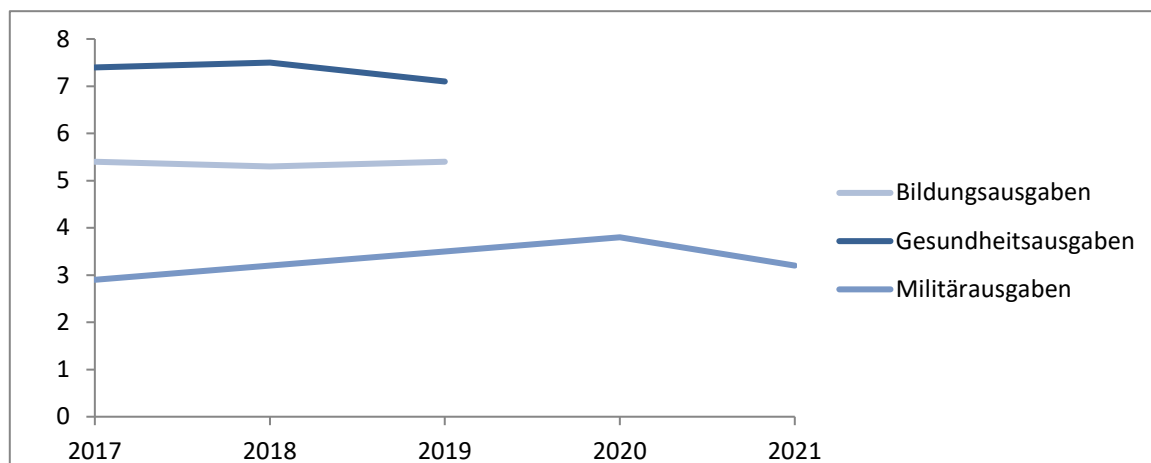
Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP (in%)

	2017	2018	2019	2020	2021
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	3924	4668	5333	5924	5423
Militärausgaben/BIP	2,9	3,2	3,5	3,8	3,2
Gesundheitsausgaben/BIP	7,4	7,5	7,1	-	-
Bildungsausgaben/BIP	5,4	5,3	5,4	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP in Prozent

Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2016	2017	2018	2019	2020
Auslandsverschuldung	115004	122700	121091	123921	129899
Anteil am BIP (in Prozent)	123,2	109,4	92,5	80,5	85,7

	2016	2017	2018	2019	2020
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	1000,69	769,19	761,67	614,24	-
Net ODA (% of GNI)*	1,02	0,65	0,58	0,39	-
Deutsche ODA Zahlungen*	186,92	209,3	227,05	205,1	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2019); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2019).
Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2017	2018	2019	2020	2021
Militarisierungswert	212,1	217,4	223,7	240,3	230,3
Index-Platzierung	23	21	19	17	20

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2017	2018	2019	2020	2021
Belarus	Militarisierungswert	234,1	232,0	232,2	231,9	232,8
	Index-Platzierung	18	18	18	19	19
Polen	Militarisierungswert	173,0	176,5	176,0	177,7	174,2
	Index-Platzierung	51	46	49	51	52
Rumänien	Militarisierungswert	193,5	187,2	186,4	192,2	192,0
	Index-Platzierung	39	41	41	37	40
Russland	Militarisierungswert	291,8	280,5	281,7	289,3	286,2
	Index-Platzierung	7	9	8	9	8
Slowakei	Militarisierungswert	137,7	134,7	152,8	160,4	155,1
	Index-Platzierung	78	76	67	58	62
Ungarn	Militarisierungswert	127,2	131,3	135,4	147,8	145,5
	Index-Platzierung	89	83	80	73	75

Quelle: *Global Militarization Index (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)*
 Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2022.
<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2017	2018	2019	2020	2021
Belarus	Militärausgaben (absolut)	581	661	700	707	727
	Militärausgaben/BIP	1,1	1,2	1,2	1,2	1,2
Polen	Militärausgaben (absolut)	10408	11788	11987	13718	13002
	Militärausgaben/BIP	1,9	2,0	2,0	2,3	2,1
Rumänien	Militärausgaben (absolut)	3880	4315	4723	5052	5210
	Militärausgaben/BIP	1,7	1,8	1,8	2,0	2,0
Russland	Militärausgaben (absolut)	59969	57709	60296	61713	63485
	Militärausgaben/BIP	4,2	3,7	3,8	4,3	4,1
Slowakei	Militärausgaben (absolut)	1143	1310	1871	2047	1875
	Militärausgaben/BIP	1,1	1,2	1,7	2,0	1,7
Ungarn	Militärausgaben (absolut)	1437	1679	2000	2771	2608
	Militärausgaben/BIP	1,0	1,1	1,3	1,9	1,6

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2020). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

	2017	2018	2019	2020	2021
HDI-Wert	0,782	0,783	0,786	0,775	0,773

Quelle: <https://hdr.undp.org/data-center/country-insights#/ranks>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Kommentar

In den 1990er Jahren war die Wirtschaft der Ukraine vom Zerfall der Sowjetunion gezeichnet. In den 2000er Jahren verzeichnete das Land zwar ein stetiges Wirtschaftswachstum und mit der Privatisierung staatlicher Unternehmen war der Wandel zu einer

Marktwirtschaft zunächst gelungen. Allerdings litten bestimmte Bevölkerungsgruppen weiterhin unter erheblicher Armut und Reformen im Bildungs- und Gesundheitssektor blieben weitgehend aus. Wichtige Reformen blieben auch im Agrarsektor oder im Justiz- und Verwaltungsbereich aufgrund der innenpolitischen Instabilität sowie der durch wirtschaftliche Interessen von Einzelakteuren dominierten Politik aus. Korruption und veraltete Strukturen sind immer noch ein massives Problem.

Insbesondere der bewaffnete Konflikt im Osten des Landes trifft die Wirtschaft. Bereits im Februar 2014 drohte der Ukraine der Staatsbankrott. Auch 2015 ging die Wirtschaftsleistung deutlich zurück, erst ab 2016 stabilisierte sich die Wirtschaft wieder etwas mit einer Wachstumsrate von über zwei Prozent; 2018 konnte sogar ein BIP-Wachstum von 3,5 Prozent erreicht werden.

Die Reformen, die nach dem Regimewechsel 2014 eingeleitet wurden – hierzu gehört unter anderem die Einführung neuer gesetzlicher Regelungen für Unternehmen, ein neues Insolvenzrecht und die Abschaffung der Kursregulierung –, schienen zuletzt Früchte zu tragen. Doch der Konflikt in der Ostukraine seit 2014 und speziell der seit Februar 2022 andauernde Krieg mit Russland führt zu enormen wirtschaftlichen und sozialen Verlusten. Aufgrund der Zerstörung weiter Teile der ukrainischen Infrastruktur (einschließlich des Gesundheits- und Bildungswesens), der Zerstörung von Agrarproduktionsflächen und Industrieanlagen sowie der enormen Flucht und Abwanderung in andere Länder oder andere Landesteile der Ukraine ist die wirtschaftliche Lage derzeit desaströs. Ohne weitere ökonomische Schocks prognostiziert die Weltbank derzeit bereits einen Wirtschaftseinbruch von 35 Prozent. Die Summen für den Wiederaufbau des Landes werden unterschiedlich hoch beziffert. Der ukrainische Regierungschef, Denys Schmyhal, bezifferte die notwendigen Mittel auf rund 720 Milliarden Euro. Zum Vergleich: das gesamte ukrainische Bruttoinlandsprodukt betrug 2021 rund 200 Mrd. US-Dollar. Trotz umfangreicher Finanzhilfen der internationalen Gemeinschaft (sei es in Form von Schenkungen oder sehr niedrig verzinste Darlehen) kann der enorme Bedarf jedoch zunächst nicht gedeckt werden. Derzeit wird daher über Finanzierungspläne nach Vorbild des Marshall-Plans und Wiederaufbaufonds diskutiert – auch inwiefern eingefrorene Vermögen russischer Oligarch:innen genutzt werden können, ist derzeit noch nicht abschließend geklärt. Langfristig steht dennoch die Frage im Raum, inwiefern sich die zunehmende Staatsverschuldung durch die Ukraine tragen lassen wird.

Der andauernde Gewaltkonflikt im Osten der Ukraine hatte zudem zu einer deutlichen Steigerung der Militarisierung der Ukraine geführt, sodass das Land heute zu den am höchsten militarisierten Staaten weltweit zählt. Die Militärausgaben, gemessen als Anteil des Bruttoinlandsproduktes, stieg beispielsweise seit dem Jahr 2011 von 1,5 auf zuletzt (Stand: 2021) 3,2 Prozent (oder in absoluten Zahlen: von etwa 2 Mrd. auf rund 5,5 Milliarden US-Dollar). Die Anzahl des militärischen und paramilitärischen Personals wurde deutlich vergrößert; die bestehenden Großwaffensysteme umfassend modernisiert. Im Ranking des Globalen Militarisierungsindex des BICC belegt das Land für das Jahr 2021 daher Platz 20 von 154 Staaten – 2011 belegte das Land noch den 46. Platz.